Nr. 426

26. Juni 1997



auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Hallo Zusammen!
Zuallererst vielen Dank an alle, die uns in den letzten Tagen unterstützt haben: Durch die Aktionen (dazu ein Bericht im Heft), durch die vielen Texte, die uns erreicht haben, durch die öffentlichkeitsarbeit (in der Taz) usw... Vielen Dank auch für die Filme, die hier angekommen sind.
So, jetzt aber schnell - wie in der Taz zu lesen - die Fenster mit schwarz-roten Laken verdunkeln und die Sonnenbrillen aufsetzen im linksradikalen Kampf um die Pressefreiheit. Boahhh, was sind wir heute wieder klandestin! Mal im Ernst: Die unkontrollierte Herstellung der I ist kein Selbstzweck oder besonders toll, sondern eine nervige, zeitraubende Notwendigkeit. In diesem Zusammenhang: Über den Witz mit der Todesstrafe (Ordner) mussten wir auch nicht grade lachen. Aber so ist halt der Humor, wie auch die Veröffentlichzngskriterien der unterschiedlichen Gruppen verschieden. Inhaltlich finden wir diese Ausgabe durchaus gelungen. Im Heft findet Ihr u.A. Berichte von den anti-EU-Aktionen in Amsterdamm, einen Aufruf zum CSD, eine erste Auswertung unseres Fragebogens, Infos zum Brandanschlag in Friedrichshafen und ein Bericht zu einer gelungenen (Innenstadt-)Aktion aus Wuppertal.

Mit der Durchsungungsaktion gegen linke Projekte versucht General Schönbohm u.A. auch von seinen Schweinereien am 1. Mai abzulenken. Seither sind die Zivi-Steinwürfe auf Wasserwerfer oder die vermummten Zivi-Schläger in der bürgerlichen Presse kein Thema mehr. Wir haben uns auf den Vorwurf hin, es habe Drohungen gegen Zivis in unserem Blatt gegeben (als Begründung für die Vermummung), nochmals das Bild in der Nr.419 angesehen: Es zeigt Zivis mit der Bildunterschrift "Schläger-Zivis auf der RL-Platz-Demo - sieht Stulle aus". Drohung ? Da lügt er aber der Saberschinsky! Zur Strafe ein kleines Ratespiel: Ein Schläger Zivi auf dem Bild in der Nr.419, Seite 15 ist auch auf dem Bild der vermummten Schläger in der Taz vom 27.Mai, S.21 und vom 7./8. Juni, S. 29 zu sehen. Na Jörg, Du wirst doch wissen wer auf deiner Lohnliste steht - oder war das doch ein SEK-Trupp, wie (aus versehen) ausge plaudert?

Achtung Sommerpause !

Wie jedes Jahe erscheinen wir auch diese Jahr in den Sommermonaten Juli, August 14- tägig. D.h. nächste Woche erscheint keine Ausgabe, dann wieder am 10.07., 24.07, 07.08., 21.08., 04.09. Ab da geht's wieder wöchentlich weiter.

In eigener Sache: Nach dieser Nummer erscheinen wir wie immer in der Sommerpause nur alle 14 Tage, d.h. die nächste Nr. kommt am 10.7. (Aufpassen wegen Eurer Termine!)
Bis dahin sind wir alle ein bischen Interim!

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:

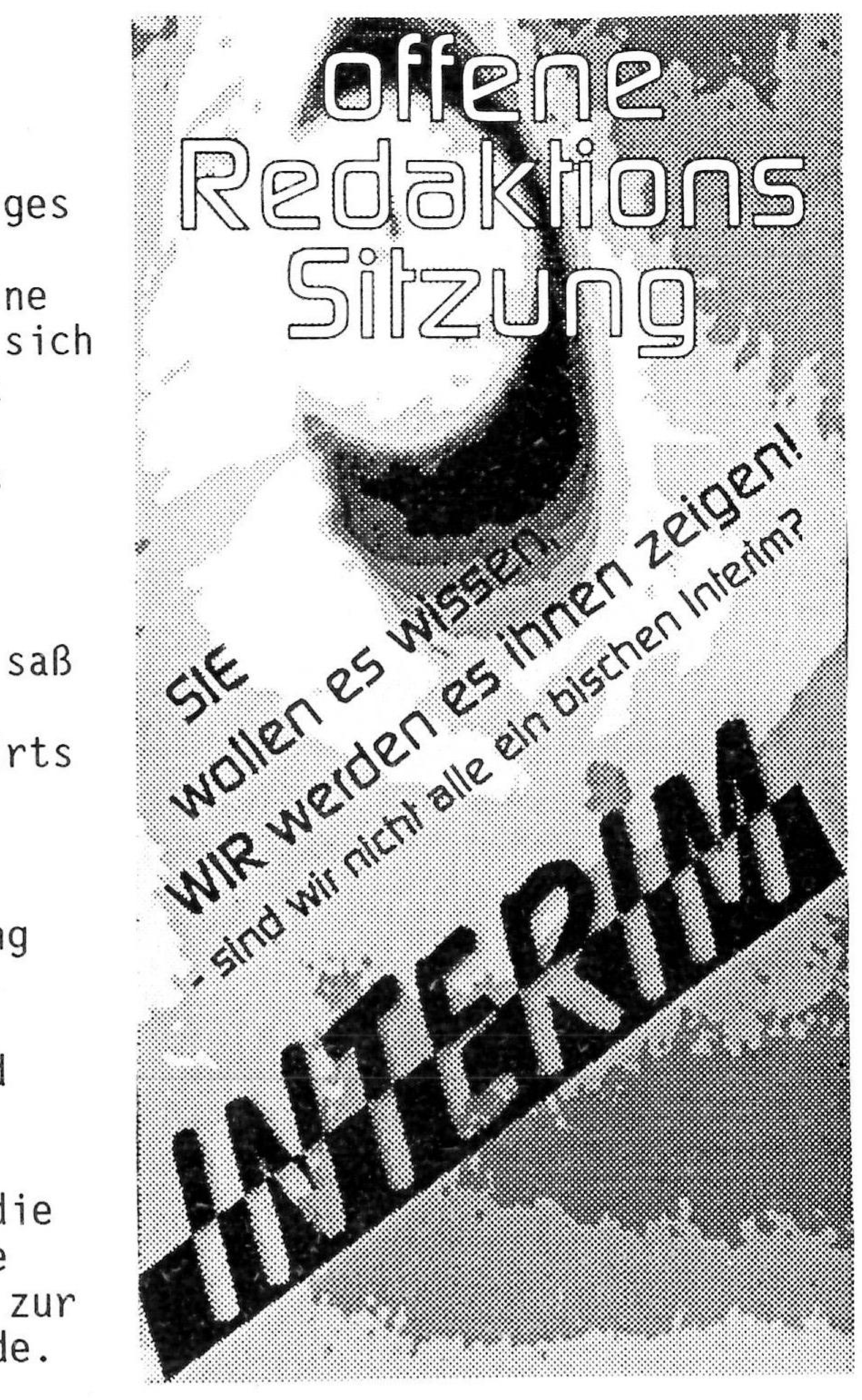


Ordner:

Soliaktionen der Spartakisten zur Interim
Insassenvertretung der JVA Tegel

Es gibt keine Alternative zur *Interim*

Bewegung ist die einzige Lösung, alles andere ist Quark



Eine öffentlichen Redaktionssitzung.
Letzte Woche Donnerstag fand ein bisher einmaliges Ereignis statt. Auf dem Alex und vor der Volksbühne traf sich in aller Öffentlichkeit eine Redaktion der Interim. Wohlgemerkt versammelte sich dort nicht DIE Redaktion der Zeitung, die es ja nicht gibt, aber eben eine, die sich spontan zusammengefunden hatte, frei nach dem Motto des Nachmittags: Sind wir nicht alle ein bißchen Interim?

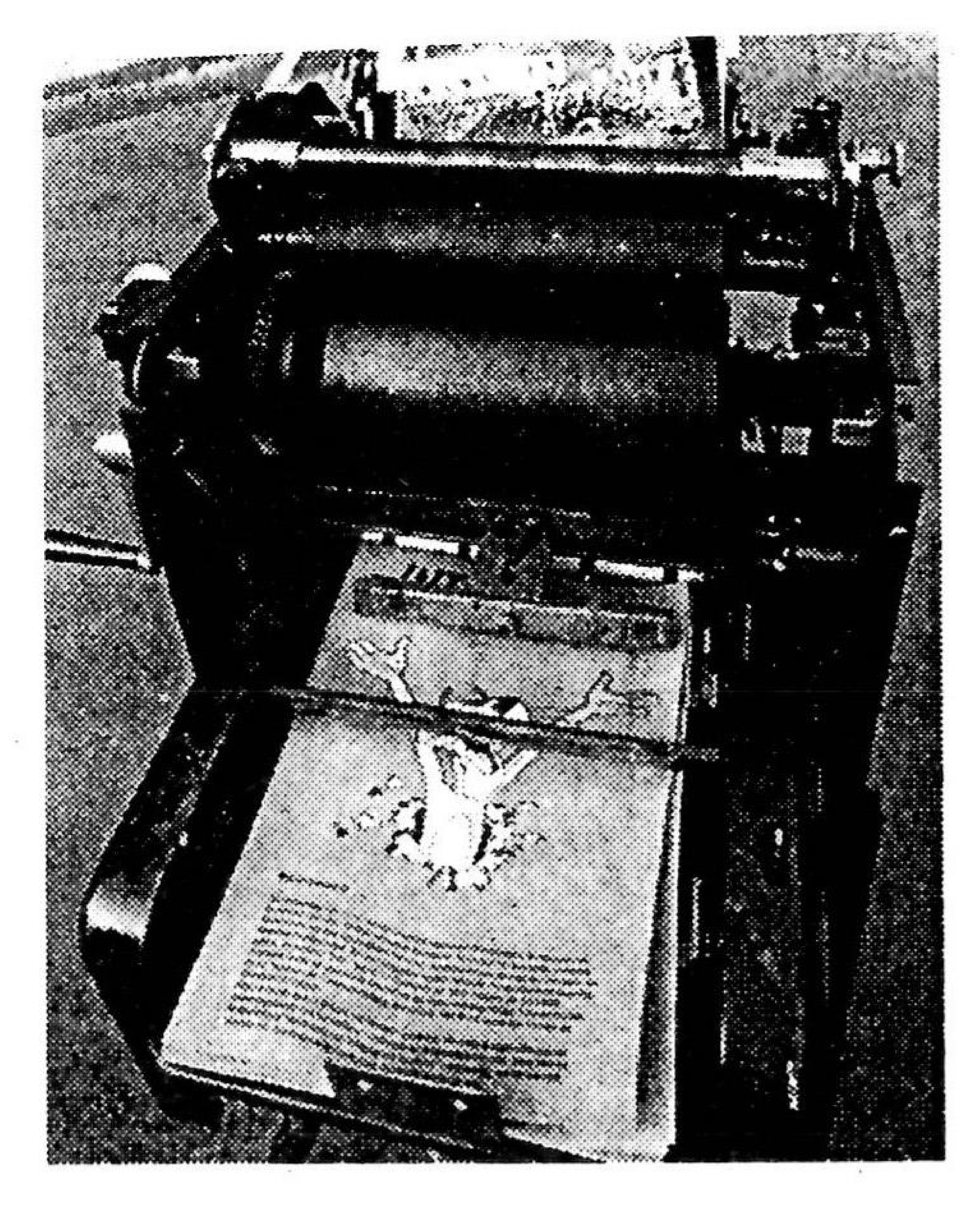
Ein Redaktionstisch war aufgebaut worden. Dort saß die Redaktionsgruppe, die sich mit ihrer Arbeitskleidung in Schale geworfen hatte: T-Shirts mit dem Aufdruck Interim-Team. Papier und Schreibmaschine und sogar eine Druckmaschine standen bereit. Mikrophone und eine Verstärkeranlage sorgten dafür, daß die Umgebung von den Themen und Inhalten am Tisch etwas mitbekommen konnte. Nach einer Musik- und Hörspielcollage vom Band über das Leben mit und ohne "Zwischenlösung" und einigen einführenden Worten, kam dann endlich der Mensch mit dem Postkasten und den eingegangenen Artikeln auf die Sitzung. Als erstes machten sich natürlich alle über die Schokolade und Schokoküsse her, bevor zur Sichtung des Schriftmaterials übergegangen wurde.

Drei Schwerpunktthemen kristallisierten sich heraus, die Innenstadttage, die kommenden Castortransporte und die aktuellen Ereignisse in Amsterdam zum Eu-Gipfel. Nebenbei tauschte man/frau sich u.a. noch über das Schönbohm-Meister-Proper-Plakat und die Wandbemalung zu Landowskys Rattenzitat aus und diskutierte über Comix, Lindenstraße und Layout. Die Schoki wurde teilweise kollektiviert und so manches Witzchen gerissen. Zwischendurch gab der Frauenchor noch ein Ständchen zum besten: jupeidi und jupeida Hausdurchsuchung Razzia... An Rande des ganzen Happenings wurde ein Flugblatt verteilt, das interessierte und desinteressierte AbendbummlerInnen über die Durchsuchungen, das Thema Castortransporte und Wurfanker als ein wichtiges Thema in der Interim informierte. - Alles sehr nett. - Und verständlicher Weise kam die neue Ausgabe der Interim dann auch erst Freitag auf den Ladentisch.



"Sind wir nicht alle ein bischen Interim?"
Jetzt könnte Mensch an dieser Stelle fragen, wozu diese vielen Zeilen und Beschreibungen über ein Ereignis, was doch ehe alle mitbekommen haben, weil sie da waren oder es in der taz vom Samstag gelesen haben. Und damit dieser Beitrag nun weitergeht, sich nicht in einem einfachen Reisebericht vergallopiert und endlich zum wesentlichen Punkt seines Inhalts kommt, sei diese Frage nun hier an dieser Stelle einmal gestellt.

Also erst einmal für die vielen interessierten LeserInnen, die in den verstreuten Winkeln des Landes wohnen, radikaler Weise keine taz lesen und von daher zur kleinen Premierenveranstaltung auf dem Berliner Alexanderplatz nicht anwesend sein konnten. Grund genug, könnte man sagen.



Zum anderen für all diejenigen, die nicht rechtzeitig ihren Termin im Schwimmbad am Donnerstag Abend absagen konnten und danach verständlicher Weise doch zu müde waren noch zur Volksbühne zu kommen. Ein aufrichtiges Lob gilt natürlich allen denjenigen, die (wie ich selbst) weder Kosten noch Mühe gescheut haben am Donnerstag eine weite Reise zum wichtigsten Ereignis der Interim-Team-Fan-Gemeinde vor der Sommersonnenwende zu unternehmen.

Nach diesem kleinen Seitensprung mal Klartext: Am Alex waren etwa 200 Leute aus der linksradikalen Szene UND DAS FAND ICH GANZ SCHÖN WENIG!

Da führen der Staat und Landesregierung mit ihren Schergen eine der größten Aktionen der letzten Jahre gegen UNS durch, durchwühlen WGs und lassen eine Druckerei mit der druckfrischen Ausgabe unserer linksradikalen Wochenzeitung hochgehen und aus Protest versammeln sich nach einer Woche 200 Leute in der Stadt. Wenn die Leute, die das kleine Theater am Alex vorbereitet haben, sich nicht so viel Mühe gegeben hätten, wäre die Sache wohl zur radikalen Posse geworden.

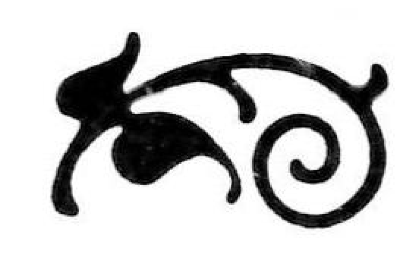
Die spontane VV war so gut besucht, wie schon lange keine mehr - ein erfreulicher Anfang. Auf dem Folgetreffen dezimierte sich die Runde dann schon erheblich und es fixierte sich alles auf eine "große" Protestveranstaltung. Daß dann auf diese zentrale Veranstaltung gerade einmal soviel kommen wie auf der VV, emfinde ich als eine große Enttäuschung. Es wäre doch wichtig gewesen, in der Öffentlichkeit zu zeigen, daß wir nicht so einfach mit uns machen lassen. Raus auf die Straße, das ist doch immer unser Motto. Und, daß von dem Date viele nichts mitbekommen haben, kann ich angesichts dessen, daß sogar die taz tagelang immer wieder was zum Thema gebracht hatte, nicht glauben. Das ist natürlich jetzt sehr moralisch, aber die Aktion "öffentliche Redaktionssitzung" gibt einem zum bitteren Anlaß nicht unbedingt das Gefühl einer gewissen Stärke und Sicherheit in der Szene.

INTERIM

EIN PRINZIP KANN MAN NICHT VERHAFTEN!

Abgesehen von der moralischen Klage geht es hier auch um eine Bewertung dessen was abgegangen und auch was weiter möglich ist. Der Rückhalt der Interim in der Szene hat ganz deutlich seine Grenzen aufgezeigt. Die Zeitung ist nicht nur inhaltlich nur so gut wie die Szene sie macht, sondern sie ist eben auch vor der staatlichen Repression nur so sicher wie sie politisch in der Öffentlichkeit von der Szene vertreten wird (abgesehen von der Qualität der Konspirativität).
Dieser Umstand dürfte für die an dem Projekt in irgend einer Weise beteiligten Leute nicht unbedeutend sein.
Und nun zum Abschluß noch zwei Feststellungen und eine Fragen, eigentlich nichts miteinander zu tun haben:
Zeitungen für den reinen Konsumgebrauch gibt es in dieser Stadt genug!
Mensch oder Interim?
Was kommt, wird sich zeigen!

Quincy





Deine Meinung zur Interim war (und ist) gefragt! Die Auswertung des Fragebogens

Ende letzten Jahres haben wir euch aufgefordert, einen zweimal im Heft (Ausgabe 397 und 400) abgedruckten Fragebogen auszufüllen, um eure Meinung zu den in und um die Interim stattfindenden Diskusionen beizusteuern. Endlich haben wir es geschafft, die ganzen Fragebögen auszuwerten und euch nun zu präsentieren. Zu dem in der Ausgabe 397 vom 15.11.96 veröffentlichten Begleittext zur Umfrage („Die Alternative ist das Nichts, oder?") haben wir im Moment noch nichts wesentlich Neues hinzuzufügen. Die Diskussionen laufen weiter, seit den Ereignissen von letzter Woche, nun hoffentlich etwas intensiver und öffentlicher.

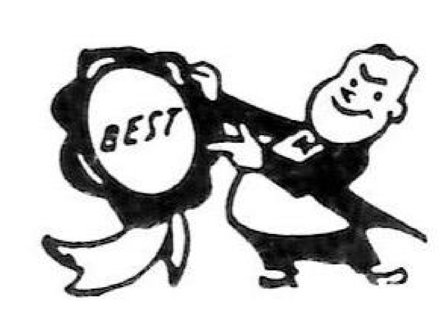
Die TeilnehmerInnen:
Da durch jüngste Ereignisse die Auflage der Interim kein Geheimnis mehr ist, können wir nun offen die Zahlen auf den Tisch legen. Bei einer Auflage von knapp 1.500 Exemplaren hatten wir einen Rücklauf von 151 ausgefüllten Fragebögen. Da nicht alle Exemplare als verkauft gelten, kann man von einer Beteiligung von gut über 10% sprechen. Der Rücklauf ist damit im Vergleich zu den Prozentraten, die bürgerliche Zeitungen bei ähnlichen Umfragen erreichen, immens hoch. Diese träumen von 5% Rücklauf bei fünf Flugreisen als Anreiz. Allerdings erreichten wir auch nicht die fast 20%, die der alten „Junge Welt" vor gut einem Jahr antworteten.

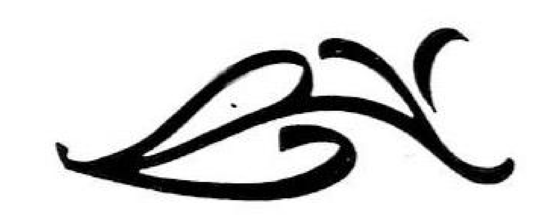




Die typische LeserIn der Interim:
Die Hälfte der LeserInnenschaft der Interim ist zwischen 21 und 30 Jahre alt, immerhin ein Drittel ist über 30, der Rest ist unter 21 Jahren. Damit hat sich die Befürchtung nicht bestätigt, daß die Interim nur noch von den unter 20-Jährigen gelesen wird und sich Menschen über 30 für „sowas" nicht mehr interessieren. Zwei Drittel der Antworten sind von Männern, ein Drittel von Frauen. 10 Menschen haben Judith Butler gelesen und können mit der Frage nach dem Geschlecht nicht mehr soviel anfangen. Über 75% sind in der westdeutschen Gesellschaft aufgewachsen, je 10% in der ehemaligen DDR und im übrigen Europa. Zwei Drittel der Antworten kommen aus Berlin, ein Drittel von außerhalb. Bezogen auf die Gesamtzahl der Antworten wohnen je 10% in einem Dorf oder in einer kleinen Stadt. Gut die Hälfte lebt in einer Wohngemeinschaft, der Rest verteilt sich zu gleichen Teilen auf „alleine wohnen", „zu zweit" oder Großgruppen. Über zwei Drittel würden sich eher dem „autonom - undogmatisch - libertären Spektrum" zuordnen, aber auch die Themen Antifaschismus, Antirassismus und Anti-AKW ragen bei den Nennungen heraus. Abgeschlagen sind die TierrechtlerInnen und Menschen, die nix mehr machen. Deutlich über zwei Drittel kaufen die Interim regelmässig, knapp 20% klauen sie vom Nachttisch ihrer MitbewohnerIn. Nicht mal 10% kaufen sie nur, wenn gerade politisch was los ist. Die Frage danach, warum sie die Interim nicht mehr kaufen, wurde kaum beantwortet. Ist ja auch logisch, weil diese Menschen unser Fragebogen wahrscheinlich kaum erreichte. In den wenigen Fällen, in denen diese Frage beantwortet wurde, wurden politische Stagnation und Militanzfetischismus als Gründe genannt. Aber auch die „autoritäre Sprache", sowie der zu platte, humorlose und moralistische Stil wurden kritisiert.

Warum wird die Interim gekauft?
Die LeserInnen der Interim interessieren sich besonders für die Themen Antipatriarchat, Antifaschismus, Antirassismus und Antirepression, kurz dahinter folgen Feminismus und Umstrukturierung. Deutlich abgeschlagen sind die Themen Klassenkampf, Antideutsch, Kultur und Kunst. Fast niemand interessiert sich für Tierrechte. Nahezu alle lesen das Vorwort, Termine und Demoaufrufe, aber nur die Hälfte der LeserInnen beschäftigt sich mit dem „Wort zum Donnerstag". Comics und Fotos werden gerne gesehen. Während der größte Teil der LeserInnen die Volkssporterklärungen liest, interessieren die Bastelanleitungen nur noch die Hälfte (was auf ein eher theoretisch Interesse schließen läßt?).
Gut zwei Drittel haben sich schon mal über die Interim geärgert, besonders über die Sexualitätsdebatte. Aber auch die schlechte Druckqualität, die Bleiwüsten, das Fehlen des eigenen Textes oder ein falsch geheftetes Heft waren Gründe für den Ärger. Die Frage, welches Heft in letzter Zeit besonders gefallen hat, wurde von einer LeserIn beantwortet mit „ das letzte Heft ist immer das Beste". Besonders hervorgehoben wurden die Nummern 399 mit 21 positiven Erwähnungen (aber auch mit der Kritik, daß nichts aktuelles in dieser Nummer war), die Nummer 400 mit 14 und die 397 mit 10 lobenden Erwähnungen. Es wurden noch einige weitere Nummern benannt. Aufgefallen ist uns die mehrmalige Erwähnung der Ausgabe 150, wegen des Lobs für eine bestimmte Fete.
Fast alle lesen die Interim, weil sie Bescheid wissen wollen, was läuft, und weil sie aus ihr Infor-

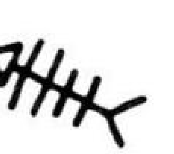




mationen kriegen, die sonst nirgendwo stehen. Immerhin ein Viertel möchte wissen, was „die blöden Autonomen denken".
Unerreichte Quoten hat die Interim bei der LeserInnen-Blatt-Bindung. Sage und Schreibe zwei Drittel der LeserInnen haben schon mal etwas für das Blatt geschrieben, die meisten sogar schon öfters zusammen mit ihrer Gruppe.
Auf die Frage, welche Inhalte zu wenig im Heft sind, erhielten wir folgende Antworten: Sozialabbau, feministische Themen, persönliche Einschätzungen zu politischen Themen, Kritisches zu Konsumverhalten, Perspektivdiskussionen, Ökologie, ökonomische Analysen, Mexiko, Kunst & Kultur, Gedichte und Prosa, Artikel über historische Zusammenhänge, eine Sexualitätsdebatte, die versucht, Tabus aufzubrechen, alles Mögliche zu Computern, Umstrukturierung und Alltags-Überlebenswissen.
Auf die Frage, welche Inhalte zu oft in der Interim sind, wurde geantwortet: 1. Mai, Volxsport, Kleinkriege untereinander, antipatriarchale Männer-Jammer-Texte, Demoaufrufe, Castor, Mexiko, Tierrechte.
Überflüssig finden einige das „Wort zum Donnerstag", Bastelanleitungen, Tierrechte, Computer, ewig gleiche und platte Aufrufe, sexistische Sexualitätsdebatte sowie Abkotz- und persönliche Profilierungstexte.
Das sich diese Aussagen oft wiedersprechen, ist uns auch aufgefallen. Eine einheitliche Tendenz war aus der jeweiligen Zahl der Nennungen nicht auszumachen.
Die Gestaltung und Aufmachung der Interim finden die meisten so „na ja". Entgegen unserer Erwartung wurde das Layout nicht in Grund und Boden verdammt. Nur 5 von 151 LeserInnen fanden die Gestaltung wirklich richtig schlecht. Klar werden mehr Bilder gewünscht und weniger Text.

Wie soll die Interim weitermachen?
Mehr als die Hälfte der LeserInnen ist der Meinung, daß die jeweiligen ZeitungsmacherInnen mehr kommentieren und/oder darüber informieren sollen, was sie gerade diskutieren. Auch, daß im Vorwort ein inhaltlicher Abriß der Artikel gegeben wird, wird befürwortet. Es soll gesagt werden, was mit der Veröffentlichung von manchen Texten bezweckt ist. Kritisiert wurden wiederholt redaktioneller Zynismus und spitze Bemerkungen zu Texten. Ein ausführlicheres Vorwort wurde oft gewünscht.
Fast drei Viertel sind nicht der Meinung, daß in die Interim zu sehr redaktionell eingegriffen wird. Ein weiteres Viertel befürwortet sogar stärkere Eingriffe.

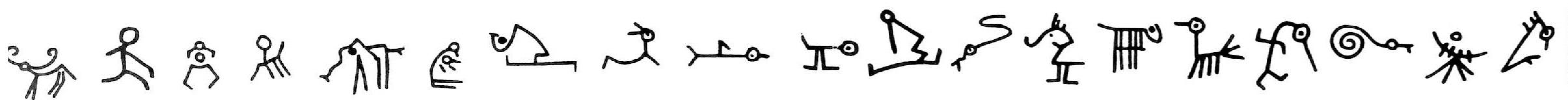
Den Charkter einer Flugblattsammlung finden 60% angenehm, 40% hingegen nicht. Daß quasi niemand der LeserInnen der Interim seine Informationen nur aus diesem Blatt bezieht, war ja zu erwarten. Interessant ist aber, welche anderen Zeitungen sonst gelesen werden. Bei Tageszeitungen lesen gut zwei Drittel die „Junge Welt" (jetzt immer noch?) und knappe zwei Drittel die „taz". Die Frankfurter Rundschau ist beliebter als Berliner Zeitung, Tagesspiegel und Süddeutsche. Ebensfalls über zwei Drittel lesen die „radikal", die Hälfte (wahrscheinlich die BerlinerInnen) die „Zitty". Beliebt sind noch regionale Antifa- und autonome Blätter.
Zur Enttäuschung einiger gestreßter MitarbeiterInnen der Interim war das Votum für die wöchentliche Erscheinungsweise eindeutig (80%).
Zumindest diejenigen, die den Fragebogen beantwortet haben, haben so gut wie keine Probleme, die Interim zu kaufen. Bemängelt wurden die wenigen Verkaufsstellen außerhalb von Kreuzberg.
Den Preis von 2.50 DM (auswärts 3.-DM) finden fast alle okay.
Immerhin ein knappes Drittel befürwortet die Einrichtung von Einzelabos.
Ein Fünftel möchte gerne die Interim im Internet lesen, will in diesem Falle aber einen Zusschuß zur Anschaffung eines Computers.
Zwei Drittel aller TeilnehmerInnen an der Umfrage sind der Meinung, daß die Interim so wie bisher weiterproduziert werden sollte. Explizit dagegen war nicht mal ein Sechstel.
Doch auf die im Anschluß gestellte Frage nach Verbesserungsvorschlägen hagelte es nur noch so mit Antworten. Dies machte auch die Auswertung der Umfrage so langwierig.



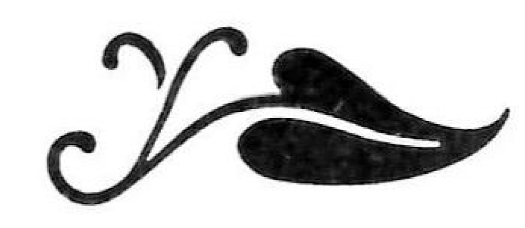
Sehr oft wurden technische Verbesserungen gefordert wie helleres Papier, besserer Druck, bessseres Layout, Überschriften, mehr Fotos und Bilder, mehr und vor allem übersichtlichere Termine, bessere Gliederung der Hefte und den Ordner einzustellen. Als inhaltliche Verbesserung wurde gefordert: redaktionelle Aufarbeitung der Texte bis hin zu Interviews und journalistischen Aktivitäten, ausführlichere Vorworte, mehr Provozieren und Kommentieren und anderes. Doch es wurde auch gewarnt, daß kein weiteres Hochglanzmagazin gewünscht ist. Mehr Buchbesprechungen und mehr historische Beiträge (ähnlich der Serie „Gegen das Vergessen" in der „rafdikal") , und wiederholt Schwerpunkthefte (z.B. zum Castor) wurden gewünscht.



Da es schwierig ist, inhaltliche Vorschläge zusammenzufassen, zitieren wir im Folgenden einige ausgewählte prägnante Zitate aus diversen Fragebögen:









„Seit mehr als drei Jahren lesen wir die Interim. Es gab Freude, Ärger, Liebe und ein bißchen Hass, so wie zwischen FreundInnen. (...) Übrigens, das Zusammenfassen in Meldungen von z.B. Volkssporterklärungen finden wir total daneben. Das machen die Systemmedien auch."

„Wegen der hohen Fluktuation bei den Autonomen wiederholen sich die Inhalte alle paar Jahre"

„Mein Vorschlag wäre, jede Ausgabe in drei Teile zu teilen: 1. Aktualitäten & Infos &Termine & Kurzberichte entsprechend einer Flugblattsammlung. 2. Inhaltliches Schwerpunktthema, das am besten rechtzeitig angekündigt wird, damit LeserInnen sich beteiligen können. 3. Diskussionsteil mit Reaktionen und Anmerkungen zu zuvor in der Interim veröffentlichten Texten."

„Je größer die Redaktion um so vielfältiger die Ausgaben"

„Offensiveres Werben für die Interim: Spendenkontonummer einrichten."

„Es ist ein richtiges Konzept, in bewegungsarmen Zeiten, wenig redaktionell einzugreifen, um die Breite dessen, was entstehen kann , nicht einzuschränken (wir merken doch oft erst hinterher, was wirklich wichtig war)"

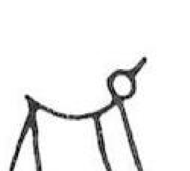
„Mehr Ästhetik birgt die Gefahr, daß oberflächlicher gelesen wird. Gerade das Anstrengen beim Lesen ist aber erwünscht."

Noch einige Anmerkungen zum Schluß:

Als Fazit scheint die LeserInnenschaft im Großen und Ganzen zufrieden mit der Interim, so wie sie ist, zu sein. Man muß aber bedenken, daß ein großer Teil der Leute, die die Interim nicht mehr lesen, den Fragebogen entweder gar nicht gesehen oder ihn nicht ausgefüllt haben. Damit können die Gründe, die dazu führen, daß sich Leute von der autonomen Bewegung beziehungsweise der Zeitung abwenden, in den Antworten gar nicht vorkommen. Eine Motivation für den Fragebogen war, daß wir allen diffus in Kneipengesprächen geäußerten Kritiken an der Interim einen Ort schaffen wollten, wo diese gezielt eingebracht werden kann. Dieses ist uns anscheinend nicht richtig gelungen. Geantwortet hat weitgehend „unser Fan-Club". Trotzdem freuen wir uns natürlich über die positive Resonanz. Auch ist zu bedenken, daß viel der in Gesprächen vorgebrachten Kritikpunkte, in dem Moment, wo eine/r gezwungen ist, sie konkret zu begründen, sich relativiert oder gar zurückgenommen werden.







Einige interessante Tendenzen, wie z.B. daß sich hauptsächlich Männer für Bastelanleitungen interessieren oder daß „Ostmänner" wenig am Feminismus und antipatriarchalen Kämpfen interessiert scheinen, konnten wir wegen fehlender Kapazitäten nicht weiter verfolgen.

Vielen Dank nochmal an alle, die mitgemacht haben.

Das Interim-Fragebogenkomitee



Liebe Interims, liebe Leute,

wir freuen uns mit Euch, daß unserer kleinen Zeitung nun endlich die öffentliche Aufmerksamkeit zuteil geworden ist, die ihr zusteht. Allerdings sehen wir nach der großangelegten Werbeaktion am 12. Juni nun doch einige Probleme am Horizont auftauchen. Man stelle sich mal vor, wenn nur jede/r zweite der 500 an den Durchsuchungen beteiligten Staatsbütteln dazu verdonnert wird, sich das Blättchen aus Schulungszwecken reinzutun. Und die vielen Menschen, die schon immer oder nun auch „ein bißchen Interim" sind? Wie wollt ihr da nur mit einer derart geringen Auflage hinkommen?

Kurzum: wir denken, mensch sollte diesem regen Interesse schleunigst nachkommen und fürs erste einmal die Auflage verdoppeln!

Nun kennen wir ja alle die Probleme, wenn mensch durch die halbe Stadt hetzen muß, um doch noch die fast vergriffene Interim zu ergattern. Deshalb unser zweiter Vorschlag: an den bekannten Stellen, wo es die Interim bereits gibt, zusätzlich 50, 100 oder mehr Exemplare zu deponieren. Damit verbunden der Aufruf, daß jede/r fleißige Leser/in dort gleich fünf Exemplare zwecks Weiterverkauf in der ganzen Stadt ersteht. Für euch wäre dies Entlastung (nicht noch weitere Vertriebsstellen organisieren zu müssen) und gleichzeitig eine praktische Unterstützung, die ja eine Menge Leute bereits zugesagt haben.

Apropo Unterstützung. Da die Staatsanwaltschaft ja anscheinend überhaupt nicht durchblickt, was die Mitarbeit, den Vertrieb oder die HerausgeberInnenschaft angeht, sollten wir auch dort vielleicht ein wenig nachhelfen. Wir schlagen vor, daß alle Gruppen, Projekte, Inis, Kollektive..., die die letzten neun Jahre etwas in der Interim veröffentlicht haben, diskutieren, ob sie ihre HerausgeberInnenschaft auch gemeinsam öffentlich kundtun würden und zweitens, ebenfalls als Erleichterung für den Vertrieb, ein Dutzend Interims bei sich auslegen. Bitte meldet Euch selbständig bei den zuständigen Stellen. Unser Vorschlag: ab 50 Projekten dies im Impressum zu veröffentlichen.

Viele Grüße,
mach mit, machs nach,
machs besser!
Betriebskampfgruppe 12. 6.

Komm in den Dschungel!

Sicher habt Ihr mitbekommen, daß es bei der **Tageszeitung junge Welt** heftig gekracht hat. Ursache des Streits war das plötzliche Eigentümergebahren des alleinigen Gesellschafters und Geschäftsführers des Verlages 8. Mai, Dietmar Koschmieder. Koschmieder wollte ohne jede Diskussion mit den übrigen MitarbeiterInnen der jW eine Umstrukturierung in der Chefredaktion durchdrücken, an deren Ende eine Aufwertung DDR-nostalgischer und orthodox-marxistischer Positionen stehen sollte. Doch statt über Inhalte und Strukturen zu diskutieren, wollte Koschmieder Köpfe austauschen. Als die überwiegende Mehrheit der 44 angestellten und festen freien MitarbeiterInnen eine pseudodemokratische Abstimmung nach dem Motto "entweder Chefredakteur Klaus Behnken geht, oder ich (Koschmieder)" boykottierte, weil die meisten lieber über inhaltliche Konzepte reden wollten, erklärte sich Koschmieder kurzerhand trotzdem zum Wahlsieger (weil ja von 17 Wahlbeteiligten 14 für seinen Vorschlag gestimmt hatten) und entließ den Chefredakteur und enthob die übrige Chefredaktion ihres Amtes. Da platze der Redaktion der Kragen. Zwei Jahre hatte man sich aufgerieben, alles in das Projekt gesteckt (Herzblut, Geld und jede Menge Zeit und Kraft), immer der Auffassung, daß es die Zeitung aller Mitarbeitenden sei. Auf das Sonnenkönigsgebaren Koschmieders reagierte die Redaktion mit **Streik.** 16 Tage wurde der **Betrieb besetzt.** Die Gruppe der rund 20 Streikenden setzte sich aus völlig verschiedenen Leuten zusammen: Antideutsche, Autonome, Antifas, PDS-Nahe, pop-moderene HedonistInnen, kritische MarxistInnen, bürgerliche Linke - ein wahrhaft bunter Haufen. Nicht eine gemeinsame politische Überzeugung verband die JournalistInnen im Arbeitskampf, sondern die Lust, gerade in dieser Vielfältigkeit weiter aufeinanderzuprallen und die Debatten in der Zeitung wiederzuspiegeln.
Auf der anderen Seite, jene die jetzt noch notdürftig so etwas wie die junge Welt produziert, stehen DKP-Mitglied Koschmieder, der verklärte DDR-nostalgische Verschwörungtheoretiker Holger Becker, der ultraorthodoxe KPÖ-Mann Werner Pirker, die KPF-AktivistInnen Sybille Albrecht (ehemals Vopo) und Eckehard Schlauß (ehemals HVA), der ehemalige Stasi-Major in der Abteilung Terrorismusbekämpfung im Außeneinsatz, Klaus Meinel (jetzt KPF), als neuer Star-Autor der ehemalige SED-Hauspropagandist Harald Wessel und last but not least der allseits beliebte Ober-Sexist Wiglaf Droste. Alles Zusammen handgreiflich unterstützt von der "Security" der Roten Söckchen, einer von der PDS-Friedrichshain finanzierten Jugendstruktur der dortigen PDS.
Auf schäbigste Art und Weise wurde von einer bestimmten politischen Fraktion **ein Projekt der Linken okkupiert und zerstört.**

Die junge Welt ist tot, es lebe die Jungle World

Die von Koschmieder wegen des Streiks entlassenen jW-MitarbeiterInnen - darunter praktisch die komplette Redaktion - will, obwohl der Frust, die Enttäuschung, die Verbitterung enorm ist - oder auch gerade deshalb - nicht einfach von der politischen und publizistischen Bühne abtreten. Bereits einmal wurde eine **48seitige Jungle World** als entgegnung auf die immer mehr volkstümelnde junge Welt von Koschmieder/Becker herausgegeben. Nun soll aus dem Projekt eine **Wochenzeitung** werden. Am **Mittwoch, den 25. Juni**, erschien in Berlin an den Kiosken und in den anderen Städten in linken Buchläden, Infoläden und ausgewählten Bahnhofskiosken die **zweite Ausgabe. Ab Mitte Juli** soll das Zentralorgan des Dschungels dann **wöchentlich** erscheinen. Als Informationsangebot und als Treffpunkt und Diskusionsforum aller linker Ansätze. Das Projekt wird zur Zeit nur aus ein paar ganz wenigen Spenden und den letzten **Kröten** der nun verdienstlosen ex-jW-MitarbeiterInnen finanziert. Es wird nur dann eine Chance haben, wenn **in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Abos** geschaltet werden. Denn Kioskverkäufe bringen der Jungle World finanziell leider so gut wie gar nichts. Ein Abo zu schalten, ist eine bewußte Erklärung gegen den Koschmieder-Putsch in der jungen Welt und eine Entscheidung für eine pluralistische aber nicht beliebige **linksradikale** Wochenzeitung. Und die ist nachdem die junge Welt passé ist, nötiger denn je. **Schaltet Abos, macht Werbung, organisiert Veranstaltungen mit RedakteurInnen!**

Einige FreundInnen des Dschungels

MIT HERZ UND HIRN ZUM CSD ´97

Der 100. Geburtstag: Grund zum Feiern?



Nach den großartigen Erfolgen der letzten Jahre wollen wir uns auch 1997 nicht von SVD, Mann-O-Meter und Sonntagsclub für eine Parade vereinnahmen lassen, die nichts mit ihrem Anlaß, dem AUFSTAND VON STONEWALL, zu tun hat.
Vielmehr haben wir den HERZ MIT HIRN-Block organsiert, mit welchem wir gegen die BürgerRECHTSpolitik der drei genannten Vereine, gegen deren Anbiederung an eine patriarchale Gesellschaft und gegen die Kultivierung schwulen und lesbischen Spießbürgertums protestieren

Für einen politischen, vielfältigen, basisdemokratischen und nicht-kommerziellen CSD!

Selbertreten statt Stellvertreten

Auf eine hundertjährige Geschichte blickt hierzulande die Schwulenbewegung in diesen Wochen zurück. Ihr Ergebnis sind anhaltende Diskriminierung und Ressentiments auf der einen und eine neue schwul-lesbische Konsumvielfalt auf der anderen Seite. Doch der Kampf um Emanzipation, die Loslösung von bestehenden Herrschaftsstrukturen, gerät zunehmend aus dem Blickwinkel lesbisch-schwuler Politik.
An seine Stelle rückt eine nur auf Integration in das bestehende System gerichtete Politik.

Dabei ist sicher, daß in einer Gesellschaft, in der die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise zu Lasten wirtschaftlich Schwächerer gehen, Minderheiten zu Sündenböcken gesellschaftlicher Verwerfungen gestempelt werden.

Deshalb bleibt auch in Zukunft die Vision einer anderen Gesellschaft eine politische Perspektive.

Gerade anläßlich des Christopher Street Day wird die Notwendigkeit radikaler Politikansätze deutlich. Waren es doch die Ausgestoßenen, die Minderheit in der Minderheit, die Lesben, Tunten und Transen, die sich nicht in die bestehende Ordnung pressen lassen wollten.

Der *schwule Bürger* hingegen wird sich immer in seine geschmackvoll eingerichtete Nische zurückziehen können.

BEZAHLT WIRD NICHT!

CSD,-

Gehörte es einst zum lesbisch-schwulen Lebensstil nicht heiraten zu wollen, fordern entpolitisierte Lesben, die sich längst von feministischen Ideen verabschiedet haben und die schwulen Biedermänner jetzt die sogenannte "Homo-Ehe". Damit wird nicht nur das Heteromodell kopiert, auch werden die ausgegrenzt, die nicht heiraten wollen oder können. Ebenso war es früher eine Selbstverständlichkeit, gegen Diskriminierung und Abschiebung von AusländerInnen und MigrantInnen zu sein – heute fordert der SVD lediglich die Anerkennung sogenannter "binationaler Paare".

Galt es früher als "schwulenfeindlich", auf Kosten anderer durch den Betrieb schwuler Konsumeinrichtungen Geld zu verdienen, gilt es heute als "schwulenbewegt" gegen Wettbewerbsnachteile einer "Pride-Telekom" sein.

Dieser von einigen forcierte und von vielen geduldete Seitenwechsel macht die Lesben und Schwulen spaltbar und normiert die verschiedensten lesbisch-schwulen Lebensweisen nach einem bürgerlichen Gesellschaftsbild.

Kosten der angeblichen Freiheiten sind die Ausgrenzung und Stigmatisierung derjenigen aus der "Bewegung", die nicht in das bürgerlich-patriarchale Lebensmodell passen.

Dieser Entwicklung stellen wir die Idee einer emanzipatorischen Gesellschaft entgegen, in der jedeR frei und selbstbestimmt leben kann.

Mit der Bildung des "HERZ MIT HIRN"-Blockes protestieren wir gegen die Kommerzialisierung des Christopher Street Day, gegen die Vereinnahmung der lesbisch-schwulen Szene durch die Bürgerrechtsvereine SVD, Mann-O-Meter, Sonntagsclub und die anderen Beckies!

CSD bedeutet für uns Widerstand gegen die Heteronormalität, Befreiung von patriarchaler Unterdrückung, Massen-Coming-Out, Stärke zeigen, Auflehnung gegen Anpassungszwang, Kampf dem rassistischen Alltag, Kampf dem kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem!



Beherzt und mit Stonewall im Hirn treffen wir uns Sonnabend, 28.6.97 um 12 Uhr am Savignyplatz.

Für eine freie, emanzipatorische Gesellschaft!

UnterstützerInnen: Autonomes Lesbenreferat im AStA der FU, Autonomes Schwulenreferat in der FU, Böse Tanten, Cafe Anal, Cafe Furiosa EWA-Frauenzentrum, Frieda-Frauenzentrum, h-bar, Liedstrich e.V., Lilith Frauenbuchladen, Mutvilla, Pluspunkt e.V., Queerulanten, Schoko-Cafe, SchwuZ e.V., SO36, TWO-IN-ONE (Lesben und Schwule bei der PDS) sowie Einzelpersonen

---

Endlich Klarheit:
Mann-O-Meter bekennt sich zu rechtem Innensenator

Stillgestanden: Der General nimmt die Schwulen-Parade ab!

Vor wenigen Tagen stattete Berlins Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) dem schwulen "Switchboard" Mann-O-Meter auf dessen Einladung einen Besuch ab. Die Führungs-Crew vom M-O-M ließ anschließend selbstverliebt verlautbaren, der General habe sich interessiert und aufgeschlossen gezeigt.

Der nunmehr aufgeschlossene Innensenator *revanchierte* sich für die freundliche Einladung, indem er den BezirksbügermeisterInnen verbot, Regenbogenflaggen vor ihren Bezirksämtern zu hissen. Wir fragen uns: Was erwartet M-O-M anderes von einem Innensenator, der für eine neue Dimension in der Bekämpfung mißliebiger Personen in dieser Stadt steht: Noch nie zuvor wurden in dieser Härte alternative Lebensformen aus der Stadt gedrängt, besetzte Häuser und Wagenburgen geräumt, Obdachlose weggekarrt, so viele Flüchtlinge abgeschoben und AntifaschistInnen verprügelt. Unter Schönbohms Regie werden alle Menschen kriminalisiert, die nicht ins Konzept der deutschen Hauptstadt passen.

Einen Aufmarsch der rechtsextremen Republikaner hingegen läßt der General i.D. von mehreren Polizeihundertschaften mit Wasserwerfern und Räumpanzern beschützen.

"Wes' Brot ich eß', des' Red' ich sprech'!"

Doch all das kümmert die Mann-O-Meter-Chefs nicht: Statt den Protest gegen Kürzungen bei lesbischen und schwulen Projekten und die wachsende Kritik am Sozialabbau zu unterstützen, hofieren sie den Protagonisten der sauberen Hauptstadt.

Einmal mehr wird deutlich: Das vom Senat subvenionierte M-O-M vertritt allein die Interessen der Regierenden und schwuler Biedermänner, nicht zuletzt um seine zukünftige Finanzierung abzusichern, aber es disqualifiziert sich als unabhängige Interessenvertretung aller Schwuler.

Ist es wirklich unser Interesse, von einem rechtsradikalen Innensenator akzeptiert zu werden? Wie müßten, "Lesbierinnen" (Schönbohm) und Schwule sein, um von Meister Propper akzeptiert zu werden? Gehorsam? Brave Steuerzahler? Konsumfreudig? Angepaßt?

Wir stehen für die Vernetzung emanzipatorischer und basisdemokratischer Gruppen und sozialer Bewegungen, um gemeinsam dem weiteren Soziallabbau und gesellschaftlicher Diskriminierung zu begegnen.

Ihr HERZ MIT HIRN-Blöckchen

Verleihung des braunen Stöckels 1997

für die am meisten geleistete Scheiße schwuler Projekte

Am Samstag, den 21. Juni 1997 wurde auf dem schwulesbischen Straßenfest in Schöneberg der braune Stöckel für die am meisten geleistete Scheiße schwuler Projekte verliehen. Wir haben versucht, die Unterschiede zwischen Emanzipation, die auch andere Unterdrückungsverhältnisse auf dieser Welt wahrnimmt, und Lobbyarbeit, die nur die eigenene Klientel bedient, aufzuzeigen. Vielleicht haben das ja einige gemerkt und sich auch gefreut, daß es noch was anderes als Konsum in der gay community gibt. Zumindest mußte Mann-O-Meter (MOM) seine Schaufensterscheiben eilends von zahlreichen Aufklebern befreien, und auch den Gay managern fiel die Kinnlade runter, als sie bemerkten, daß der zu überreichende Stöckel nicht mit Ruhm und Ehre, sondern mit Scheiße gefüllt war. Nebenstehendes Fugblatt im Layout der Straßenfestzeitung "Flagge zeigen" wurde verteilt und die abgebildeten Aufkleber verklebt:

auch schwule Soldaten sind Mörder

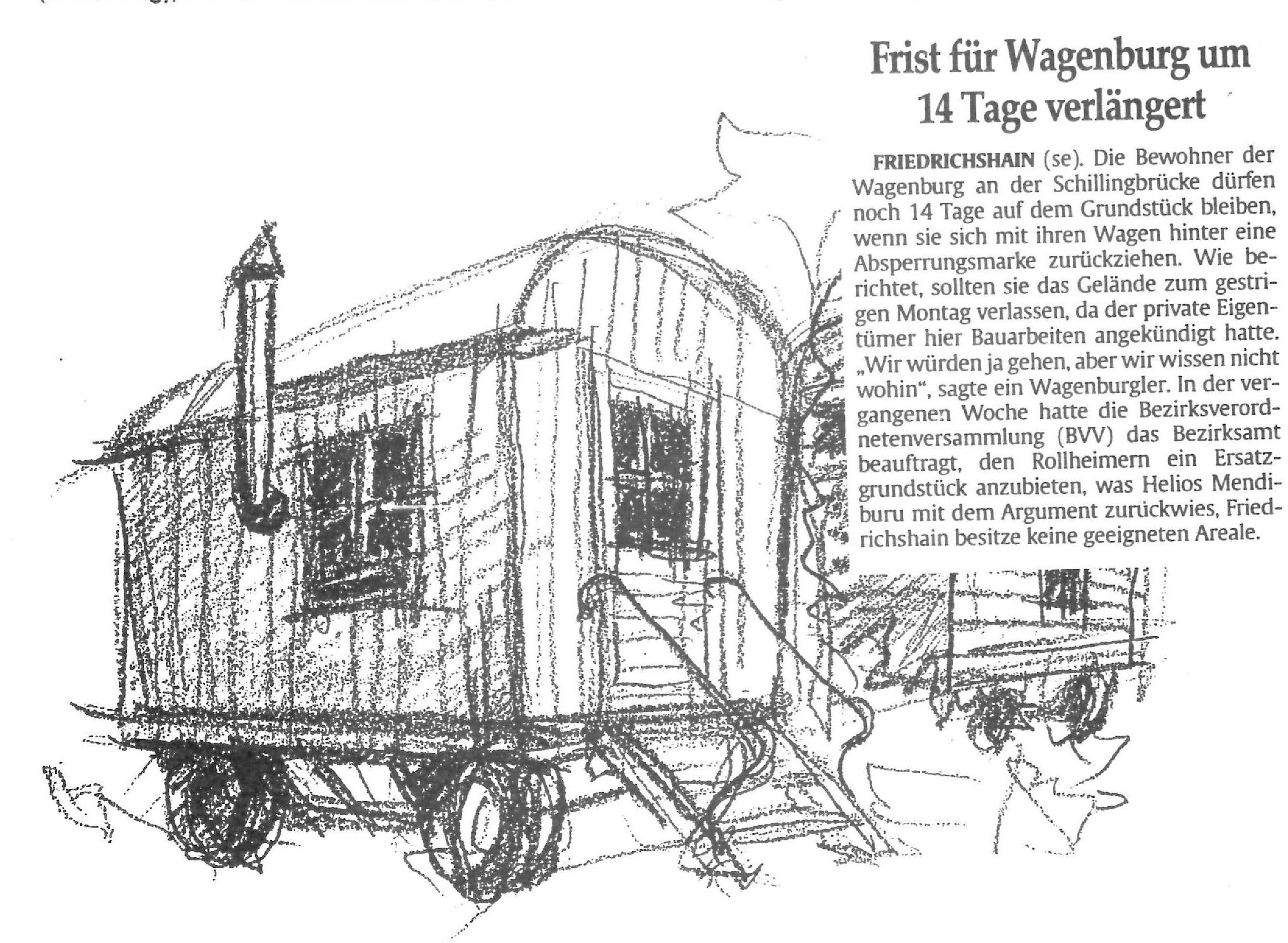
ist uns nicht reich reich genug Gay Manager

auch MOM-Freund Jörg Schönbohm läßt Lesben, Schwule und andere abschieben

STADT-AB-WICKLUNG oder ALTERNATIVES WOHNEN

Es gibt in Berlin (Stand Mai 1997) 11 Standorte mit Gruppen von Menschen, welche in ausgebauten Bau-, Zirkuswagen ode LKWs wohnen. Insgesamt sind es ca. 400 Menschen.

- Das Grundstück der Wagenburg **Schillingbrücke** (Friedrichshain) ist an einen Investor verkauft worden. Die derzeitige Duldung geht noch bis zum 15. Juni, die Bewohnerinnen rechenen mit baldiger Räumung.
- Für die Fläche der Wagenburg **Schwarzer Kanal** (Mitte) an der Schillingbrücke hängt mittlerweile der Bebauungsplan (B-Plan 1-32) im Stadtplanungsamt Mitte öffentlich aus, welcher eine Uferpromenade vorsieht. Hier läuft noch bis zum 12. Juni die offizielle BürgerInnenbeteiligung, d.h. daß alle EinwohnerInnen Berlins Einwände gegen diesen B-Plan vorbringen können. Infos gibt es beim Schwarzen Kanal.
- Das Wagendorf **Lohmühle** (Treptow) ist trotz intensiver Bemühungen im Bezirk akut räumungsbedroht. Hier soll u.a. in nächster Zeit ein Uferwanderweg gebaut werden. Eine Verkleinerung des Wagendorfes scheint unausweichlich.
- Der **Kinderbauernhof** an der Adalbertstraße (Kreuzberg), auf dessen Gelände sich ein Wagenplatz befindet, war in der Vergangenheit bereits durch verschiedene Baumaßnahmen (Schule, Kita, Parkplatz) bedroht.
- Der Wagenplatz **Kreuzdorf** (Kreuzberg) steht auf einer Grünfläche am Bethanien, mit dem ein Vertrag erarbeitet wurde. Hier sind in absehbarer Zeit keine Baumaßnahmen geplant, jedoch verbreitet die CDU im Bezirk mittels Flugblattkampagnen schlechte Stimmung gegen die WagenbewohnerInnen.
- Die Wagen an der **Späthbrücke** (Treptow) sollen weichen, weil dort ab 1998 mit dem Bau einer Autobahn begonnen werden soll.
- Die **Rollheimer** am Potsdamer Platz mußten im September 1995 umsiedeln und fanden auf einem Kirchengelände in der Oderstraße (Neukölln) ein Gelände, wofür sie mit der Kirche einen Nutzungsvertrag abgeschlossen haben.
- Die Wagenburg an der **Bötzowstraße** (Prenzlauer Berg) steht auf einem Grundstück mit ungeklärten Eigentumsverhätnissen.



Frist für Wagenburg um 14 Tage verlängert

FRIEDRICHSHAIN (se). Die Bewohner der Wagenburg an der Schillingbrücke dürfen noch 14 Tage auf dem Grundstück bleiben, wenn sie sich mit ihren Wagen hinter eine Absperrungsmarke zurückziehen. Wie berichtet, sollten sie das Gelände zum gestrigen Montag verlassen, da der private Eigentümer hier Bauarbeiten angekündigt hatte. „Wir würden ja gehen, aber wir wissen nicht wohin", sagte ein Wagenburgler. In der vergangenen Woche hatte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) das Bezirksamt beauftragt, den Rollheimern ein Ersatzgrundstück anzubieten, was Helios Mendiburu mit dem Argument zurückwies, Friedrichshain besitze keine geeigneten Areale.

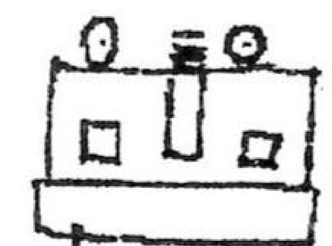
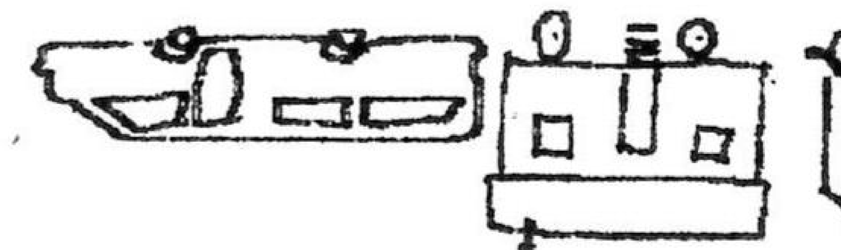
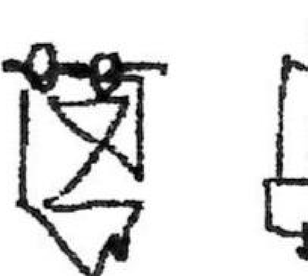
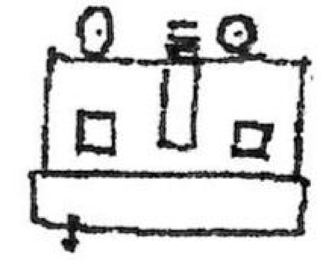
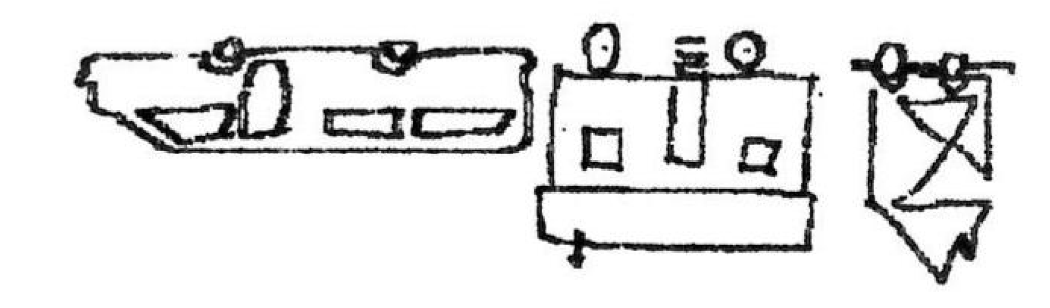
17.6.97

Im Zuge der neoliberalen **Stadtentwicklung** befindet sich auch Berlin einem tiefgreifenden Umstrukturierungsprozeß, welcher durch den Umbau zur Hauptstadt mit Regierungssitz massiv verstärkt wird. Seine verbalen Umschreibung findet dies z.B. in der Presseerkärung des Innensenators Jörg Schönbohm anläßlich der Räumung der Wagen an der East-Side-Gallery am 17. Juli 1996: "*Berlin ist nicht länger nur für sich selbst da, sondern ist Schaufenster und Repräsentant unseres Staates.*"
Die bisherige Bilanz der Stadtentwicklung weist die Aufkündigung der **Toleranzgeschichte** Berlins auf. Wo sich bislang mit der **Subkultur** gebrüstet wurde, ist diese allgemein nicht mehr erwünscht oder gilt - insbesondere unter dem "Sachzwang" der angespannten Haushaltslage - als nicht mehr finanzierbar.
Im Zusammenhang mit dieser Räumung der Wagenburg an der East-Side-Gallery im Juli vergangenen Jahres erfolgte der Beschluß des Senats, nach welchem alle innerstädtischen Wagenburgen bis Ende 1997 zu räumen und die bislang genehmigten Standorte nur noch kurzfristig zu erhalten seien. In dem **Senatsbeschluß** wird darauf hingewiesen, "*daß Wagendörfer keine Problemlösung für die dort lebenden Bewohner mit dem Ziel der gesellschaftlichen Reintegration darstellen.*"
Als ein sog. Ausweichstandort für alle Wagenburgen wurde zunächst ein Gelände am Stadtrand anvisiert, was der klassischen Verdrängung entsprochen hätte. Dieses Konzept ist jedoch mittlerweile hinfällig. Der Senatsbeschluß wurde Ende April dieses Jahres neu gefaßt mit dem alten Ziel, daß an den **Räumungen bis Ende 1997** festgehalten wird, jedoch wird kein Ersatzgelände bereitgestellt, da es als nicht finanzierbar angesehen wird. Die Bezirke sind nun angehalten, Ersatzwohnraum zur Verfügung zu stellen, aber keinesfalls Ersatzflächen, um weitere Ansiedelungen von Wagenburgen zu verhindern.

Für uns hingegen ist das Wohnen im Wagen keine Notlösung, sondern freiwillig gewählte alternative Lebensform, für die wir in der Regel fühere Wohnungen aufgegeben haben.

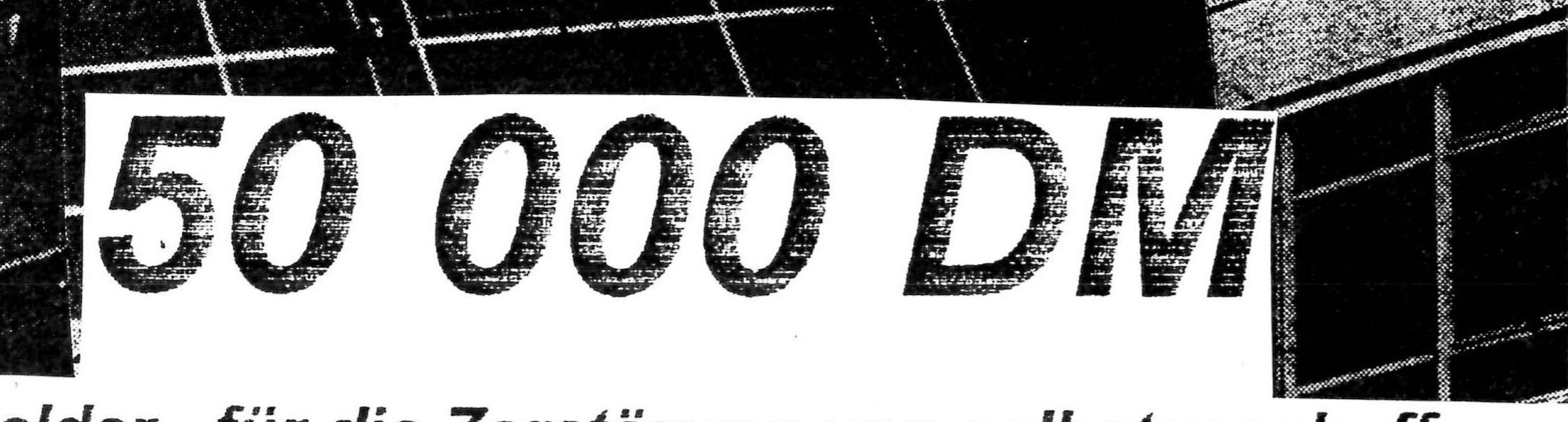
Das Leben auf Wagenplätzen:

- erschließt Möglichkeiten, sich die eigene Behausung selber zu bauen und darüber selbstbestimmt zu entscheiden. Hierbei wird mit Ressourcen bewußt umgegangen und vielfach Konsumabfall verwertet.
- ermöglicht die Organisation kollektiver Lebenzusammenhänge unter Wahrung der Individualität der Einzelnen.
- schafft ein differenziertes Freiraumsystem zwischen privaten, gemeinschaftlichen und öffentlichen Nutzungen, welches Spielraum bietet für eine (Wieder-)Zusammenführung von Wohnen und Arbeiten
- stellen eine alternative Wohnform dar, welche eine urbane Nutzungsmischung bereichern.
- übt auf sonst unbebauten Grundstücken soziale Kontrolle aus, was die Sicherheit, vor allem nachts und für Frauen in untergenutzten Bereichen erhöht.
- bereichert mit der entstandenen hier (Sub-)Kultur (Variete/Kino/Volksküchen etc.) die bestehende Kulturlandschaft

Wir fordern:
1. **Die Rücknahme des Senatsbeschlusses vom Juli 96/ April 97, daß alle innerstädtischen Wagenburgen 1997 zu räumen sind**
2. **Den Erhalt und die rechtliche Absicherung der bestehenden Wagenplätze ggf. Verhandlungen über die betreffenden Grundstücke mit uns Betroffenen und zuständigen, kompetenten und entscheidungsbefugten GesprächspartnerInnen.**
3. **Falls Umsiedelungen notwendig sind, müssen akzeptable Grundstücke angeboten werden, d.h. möglichst in der Nähe der bisherigen Standorte bzw. in den derzeitigen Bezirken. Dabei sollen die Grundstücke mindestens innerhalb des S-Bahn-Rings liegen und von kleinen Gruppen genutzt werden können. Es sollten sich um Gruppen bis max. 25 Personen handeln. Eine längerfristige Absicherung dieser Standorte ist dabei unumgänglich.**

Berlin, Juni 1997
Das Plenum der innerstädtischen Berliner Wagenplätze



50 000 DM

Steuergelder - für die Zerstörung von selbstgeschaffenem Wohnraum

Die Maßlosigkeit der Zerstörungswut, die völlige Enthemmung der Verantwortlichen beim Versuch, siebeneinhalb Jahre Wagenleben in der Region zu vernichten, ist gemeingefährlich. Jede Einzelperson, die derart losgelassene Aggressionsschübe austobte, bekäme eine äußerst schlechte Sozialprognose und würde wahrscheinlich in einer Anstalt landen. Nun sind es aber gewählte Politiker, die bei der Durchsetzung von Einzelinteressen (hier: der Profit der Städtischen Entwicklungs-GmbH Ostfildern - SEG) Amok laufen, und sie schmücken sich bei der Begehung ihrer Verbrechen mit juristischen Titeln. Selten war der Rechtsstaat kenntlicher, die Lüge dreister und das Vorgehen brachialer als bei der Räumung und Beschlagnahme der Wagenburg Plan&Los in Ostfildern am Montag, dem 6. Mai 1997. 20 Menschen mit ihren Kindern wurden von über 200 Kampfbullen, angeführt von einem Sondereinsatzkommando (SEK) obdachlos gemacht. Es scheint so, daß die Obdachlosigkeit - wie übrigens die Arbeitslosigkeit auch - eines der höchsten Rechtsgüter in der Republik sei, auf jeden Fall ein höheres Rechtsgut als die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Unversehrtheit an Leib und Leben, überhaupt höher als die Menschenwürde generell. Woher kommt dieser Kopfstand, diese Negation der *behaupteten* Werteskala ? Gewinnsucht gilt bekanntlich als einer der niedersten Beweggründe menschlichen Handelns - und doch: im Zeitalter des Neoliberalismus und der Globalisierung der Märkte ist sie plötzlich die höchste Tugend. Die ganze Welt wird nach ihr umgekrempelt, *rationalisiert*, die einzige „Vernunft", die dahintersteckt, ist die Logik der Ausbeutung, die Pfiffigkeit beim über-den-Tisch-ziehen und eben das wegputzen jeglicher emotionaler Hemmung beim Eindringen und an-sich-reißen in/von Lebensbereichen anderer Menschen. Jetzt wird in einer Weise erfahrbar, daß Kapitalismus Diebstahl am Volk, Plünderung des täglichen Bedarfs, *künstliche Schaffung von Not* ist, die nur noch durch die konzertierten Lügen der Medienmaschine vernebelt werden kann - und das dürftig.

Die Frage, die bleibt und täglich neu gestellt ist: wie organisieren wir angegriffenen, verfolgten und in die Not getriebenen Menschen unser Leben dagegen ? Müssen wir bald in kleinen Gruppen in die wenigen vorhandenen Wälder ziehen, um nicht direkt der Vernichtung anheimzufallen ? Die Zeiten ähneln - was das Niveau der Verfolgung angeht, den Jahren 1933-38, mit immer härter werdender Tendenz . Die Machthaber sind nicht mehr damit zufrieden, daß die Ausgegrenzten der Gesellschaft in ihren selbstgeschaffenen Nischen ein isoliertes Dasein führen, nein - *jetzt wird ausgenutzt* - jetzt lassen sie ihre Hunde in die dunklen Ecken, um uns herauszutreiben und sich diese Ecken einzuverleiben: die Ghettoauflösung hat begonnen. Deutschland soll wieder strahlend sauber werden, bis ins Mark. Das ist die neue europäische, die neue Weltordnung, das ist der Untergang aller Werte jenseits des Profits.

Es ist höchste Zeit für alle Menschen, die an solchen Verhältnissen keinen Gewinn haben - und das sind 99% der Menschheit - sich in ihren Lebensbereichen zusammen mit ihren Verwandten, Freunden und Bekannten autonome Strukturen aufzubauen, die unter- und füreinander ein soziales Netz bilden, an das der Staat und die Wirtschaft nicht so ohne weiteres rankommen. Ein Versuch in diese Richtung sind die Wagenburgen. Es ist dringend notwendig und durch entsprechende Solidarität auch machbar, ihnen den Preis zur Zerschlagung dieser Form der Selbsthilfe so hoch zu treiben, daß sie die Pleite ihrer öffentlichen Kassen und die Leere in ihrem propagandistischen Füllhorn dazu zwingt, uns wieder aus ihrem Rachen auszuspucken und damit erstmal Ruhe zu geben.

Am wichtigsten ist aber, daß wir selbst den wirklichen *Wert* unserer selbstgeschaffenen Plätze, Strukturen, Räume erkennen, wirkliches *Selbstbewußtsein* entwickeln und nicht unsrer eigenes Potential im konsumieren der freigewordenen Kraft und Zeit verkommen lassen.

Laßt uns leben, laßt uns kämpfen, niemals unsere Hoffnung dämpfen: Wir können es schaffen, wenn wir wollen - und Ihr Angriff wird ins Leere rollen.

Für die Selbstorganisation der Betroffenen ! Finger weg von den Selbsthilfeprojekten !

Plan & Los lebt !

Wir fordern sofort den freien Zugang zu unseren Wägen im Scharnhäuser Park und die sofortige Herausgabe unserer Habe sowie die Bezahlung sämtlicher Schäden, die der Staatsmob uns angetan hat. No pasaran! Venceremos!

PRESSEERKLÄRUNG

- **Bezirksamt Reinickendorf will behinderte Frau ein Leben lang im Heim festhalten**

Behinderte besetzen am Donnerstag, den 19. Juni 1997, um 14.00 Uhr das Bezirksamt Reinickendorf von Berlin. Sie wollen damit gegen einen Bescheid an Annemarie Stickel protestieren.
Sie ist 35 Jahre alt, spastisch gelähmt und braucht umfassende Assistenz. Seit ihrem 3. Lebensjahr lebt sie in der Fürst-Donnersmarck-Stiftung. Hier ist sie Einschränkungen und Entwürdigungen ausgesetzt, weil es innerhalb des Heimbetriebes nicht möglich ist, den speziellen Erfordernissen ihrer Pflege und ihren persönlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.
So entschloß sie sich, den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen. Bereits im September 1996 stellte sie beim Bezirksamt Reinickendorf den Antrag auf Kostenübernahme für ihre ambulante Pflege. Das Amt lehnte ab, obwohl es nach dem Bundessozialhilfegesetz und den Richtlinien der Senatsverwaltung für Soziales dem Antrag hätte stattgeben können. Sie legte gegen diesen Bescheid Widerspruch ein. Doch auch diesem wurde nicht stattgegeben.

In ihrer Widerspruchsbegründung vom 19. Februar 1997 an das Bezirksamt Reinickendorf schreibt sie:
"Aufgrund meiner Behinderung kann ich die Klingelanlage nicht bedienen und die Tür nicht öffnen. Daher muß die Tür fast immer offen sein, damit ich jemanden rufen kann, wenn ich Hilfe brauche. Ich bin dadurch ständig dem Krach und den Blicken der Menschen auf dem Flur ausgesetzt. Mir fehlt hier jegliche Intimsphäre. Nachts, wenn die Tür einmal zu ist, kommt es vor, daß mich niemand hört, wenn ich rufe...

Ich will mich dabei gar nicht über die Betreuer beschweren. Sie sind nur zu zweit und müssen außer mir noch fünf weitere schwerbehinderte Menschen betreuen. Da bleibt eben wenig Zeit für den einzelnen Menschen. Aber ich bin nicht mehr bereit, es zu ertragen, daß ich, um ein weiteres Beispiel zu nennen, eine halbe Stunde mit Schmerzen im Lifter auf der Toilette sitzen muß, weil der Betreuer gerade jemand anderen ins Bett bringt. Das ist entwürdigend und unmenschlich."

Da sie auch unterwegs Assistenz benötigt, muß sie 14 Tage vorplanen, wenn sie Freunde besuchen oder an einer Veranstaltung teilnehmen möchte. Nur dann kann das Heim eine Unterwegsbegleitung stellen; und auch das nicht immer. Spontane Kinobesuche oder eine regelmäßige Teilnahme an Aktivitäten, wie z.B. an einem Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskurs, den sie belegt, werden so fast unmöglich.
Der Bezirksstadtrat Rainer Lembcke bezeichnet diese Wohnform in der Ablehnung von Annemarie Stickels Widerspruchs als eine für sie „notwendige und optimale Betreuung mit einem relativ hohen Maß an Selbstbestimmung..."
Abschließend betont er, daß dem Amt ihr „Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben in einer eigenen Wohnung absolut verständlich ist." Bittet aber um Verständnis dafür, „daß der Selbstverwirklichungsanspruch dort seine Grenzen finden muß, wo die Gemeinschaft durch unverhältnismäßige Mehrkosten über Gebühr in Anspruch genommen würde..."

Über den Einzelfall von Annemarie Stickel hinaus ängstigt und sorgt das Vorgehen des Bezirksamtes Reinickendorf viele Menschen in Berlin, die umfangreiche Assistenz zu Hause benötigen. Zeigt es doch, daß Kostenerwägungen über die Würde des Menschen und die Freiheit des Einzelnen gestellt werden. Zudem wird behinderten Menschen die Fähigkeit abgesprochen, über sich selbst zu verfügen und jenseits eines Heimes selbstbestimmt zu leben.

Wir fordern deshalb die sofortige Bewilligung des Antrags von Annemarie Stickel auf Übernahme der Kosten ihres Lebens außerhalb des Heims. Niemand darf aus Kostengründen zu einem Leben im Heim gezwungen werden. Behinderten darf nicht verwehrt werden, was für nichtbehinderte Menschen selbstverständlich ist: in einer eigenen Wohnung zu leben. Assistenzabhängige Menschen müssen selbst darüber verfügen können, von wem, wie, wann und wo sie die Hilfen erhalten.

Bündnis für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen
☎ 455 40 45 / FAX 456 80 63

I shot the sheriff...

Weg mit den Schwarzen Sheriffs in SATURN und anderswo - Gegen Vertreibung und soziale Ausgrenzung!

Für ein menschenwürdiges Leben für alle, ohne Kohl und Kohleschwierigkeiten -, Schluß mit Massenarbeitslosigkeit und den Überstunden, Für die Abschaffung der Lohnarbeit bei gleichzeitiger gerechter Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit! Weg mit der Langeweile und Arbeitshetze, Geld her (von den Reichen) und das Leben! Its not enough shooting the black sheriffs in Bergish Land...

Im Rahmen der bundesweiten Aktionen gegen Ausgrenzung und soziale Apartheid organisiert das Carl Biebighäuser Theater eine Wuppertaler Uraufführung in den Räumen von Saturn im Kaufhof Elberfeld. Mit unfreundlicher Unterstützung der Geschäftsleitung und den brutalen Schwarzen Sheriffs werden wir dort Dario Fos wunderbare und bitterböse Farce " Bezahlt wird nicht" auf die Bühne bringen.
Fo ist beliebt durch seine Volksstücke und durch die Kunst, die Großen lächerlich zumachen. "Bezahlt wird nicht" sagen italienische Hausfrauen , setzen im Supermarkt die Preise herunter, laden sich die Taschen voll und gehen als Schwangere getarnt nach Hause. Die Farce fängt an: die Ware muß versteckt werden, weil die Männer gegen illegale Aktionen sind. So beginnt ein Verwechsungsspiel mit Hausfrauen, Ehegatten, Bullen, Schwarzen Sheriffs, einem Sargträger und der Heiligen Eulalia.
Mit diesem Stück wollen wir die widerwärtigen Privat-Sheriffs und Kaufhausdetektive zu etwas Zurückhaltung auffordern. Es muß Schluß sein mit den Übergriffen und mit der rassistischen Behandlung. Nur wer nicht deutsch und reich aussieht, muß sich noch lange nicht von den Schwarzen Sheriffs angraben lassen. Wir kritisieren vor allem die neue Rolle von sogenannten schwarzen Sheriffs, die überall präsent sind und polizeiliche Aufgaben übernehmen. Besonders die Privaten der Rathausgalerie und des Kaufhof - Untermieters Saturn, zeigen aggressiv, wer zu den Käufern und Konsumenten zählen darf. Hier, aber auch an anderen Stellen der Stadt wollen Geschäftsleute bestimmen, wer sich vor ihren Ladenzonen.aufhalten darf. Das Ziel dieser "sozialhygenischen" Politik ist die Bekämpfung der sichtbaren Erscheinungsformen von zunehmender Armut und Elend, die Verhinderung von "Konzentration und Verfestigung" sowie das Sauberhalten "repräsentativer Räume und Visitenkarten der Stadt". Eine "gute" und effektive Vertreibungspolitik wird so zu einem wichtigen Standdortfaktor. Massnahmen wie die Zerschlagung der offenen Drogenszenen und die Schikanierung von Migranten- Jugendlichen sind verbunden mit der medialen Bewertung dieser Gruppen als Sicherheitsfaktor, als "gefährliche" und "uner- wünschte" Gruppen. Fast überall in den bundesdeutschen Großstädten haben sich Allianzen aus Geschäfts- leuten und städtischen Behörden gebildet, um Verbotszonen für bestimmte Gruppen und normative Vorstellungen zur sozialen Reglementierung städtischer Räume durchzusetzen. Herumlungern, Trinken, Kiffen, Dealen oder Betteln gelten als abweichendes Verhalten, das die öffentliche Sicherheit gefährdet.

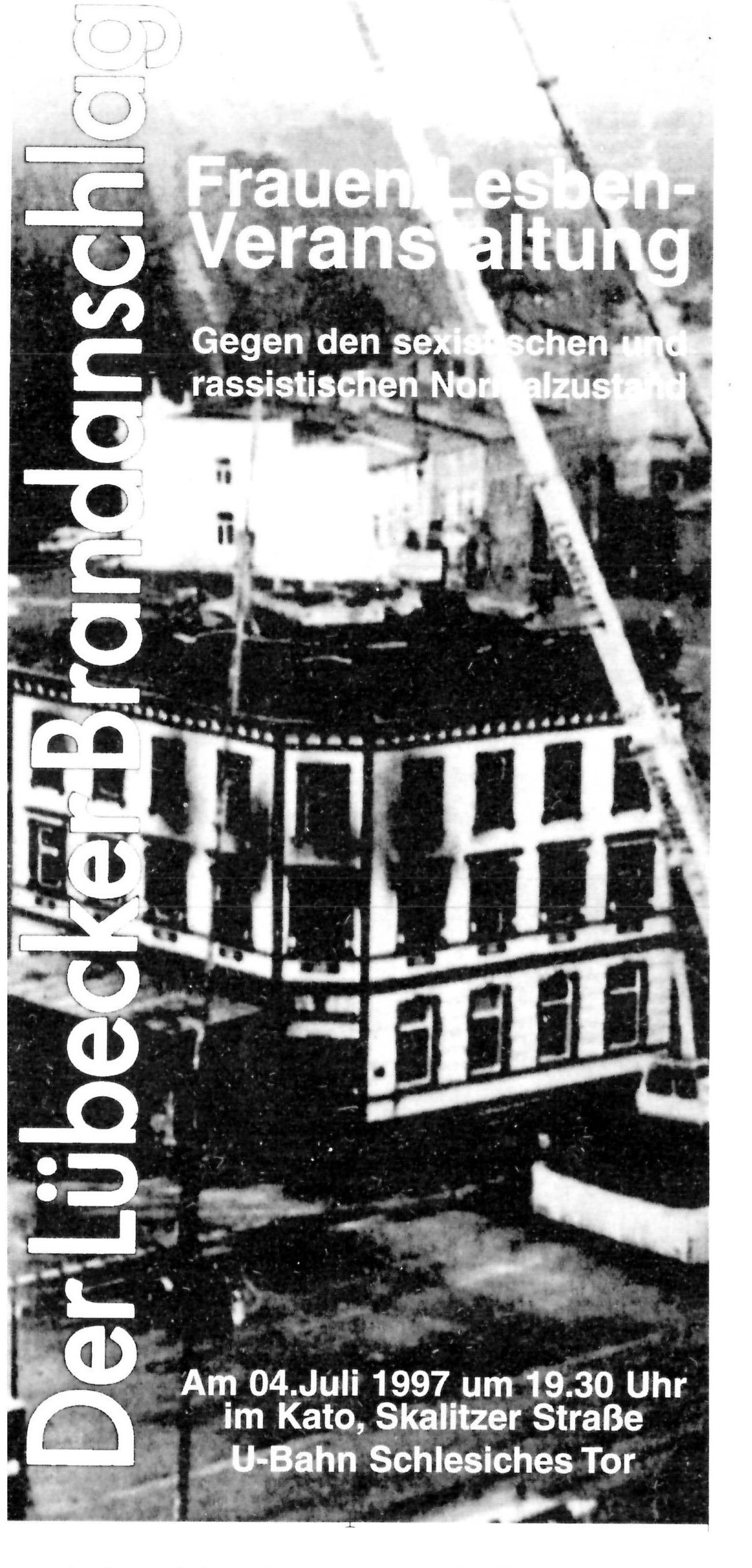
Wir rufen euch massenhaft zum Mitspielen auf, studiert die Textbücher, schneidet den untenstehenden Textcoupon aus und lernt ihn für Schlußszene auswendig . Wir brauchen auf jeden Fall für die Plünderungsszene massenhaft verkleidete plündernde Hausfrauen, trottelige und rückständige Ehemänner, echte und unechte Sicherheitskräfte, den Geist Eullalia und was sonst noch ins Stück passt.
Es könnte bedeuten, wie der italienische Theatermacher Dario Fo es einmal beschrieb, "das Menschen das Bedürfnis verspüren, gemeinsam zu agieren, sich zu organisieren und vereint zukämpfen, um mehr zu erreichen als das bloße Überleben, nämlich zu leben

Schlußszene : (leichtes Morgenrot, die Revolution lockt das Volk schon auf die Straßen, die Stimmung ist schon ziemlich Super)
Einem Großkapitalisten kannst du nicht sagen: "Ach bitte, würden Sie vielleicht mal ein Stück rücken. Wir kriegen keine Luft mehr. Könnten Sie nicht ein bischen freundlicher sein..."
Nein, die einzige Art mit ihnen zu reden ist, daß du sie ins Klosettbecken steckst...und dann an der Strippe ziehst! Dann haben wir eine bessere Welt, vielleicht mit weniger hell erleuchteten Schaufenstern, weniger Autobahnen, aber auch mit weniger Staatskarossen...und weniger Gauner von der großen Art. Und wir hätten Gerechtigkeit. Wo unsereins anfangen könnte, für sich selbst zu sorgen und ein Leben zu führen, das uns selber gehört! Wo der Wunsch zu lachen wie ein Fest aus dir herausbricht! Der Wunsch, zu spielen und Feste zu feiern ... und endlich eine befriedigende Arbeit zu leisten wie menschliche Frauen und Männer und nicht wie halbverblödete Tiere die ohne Freude und Phantasie dahinvegetieren!

Visdp M. Strehlauch Karlsplatz 2 Wuppertal

hier ein kurz Bericht zu unserer Aktion "Bezahlt wird nicht! Die Ankündigung, das Stück von Dario Fo im Saturn aufzuführen, hatte zur Folge, das sich reichlich Bereitschaftspolizei draußen bereithielt, drinnen aber Zivilkleidung Trumpf war. Die Kaufhausdetektive, die Schwarzen Sheriffs und die Wuppertaler Staatschutzabteilung hatte sich zahlreich auf der Saturn -Etage im Kaufhof verteilt. Zusätzlich hatte die Geschäftsleitung an allen Eingängen Fotografen postiert, um angeblich kostenlose Portraitaufnahmen von der Kundschaft zu machen. So lag es auf der Hand, daß die 20 köpfige Theatertruppe ihre ersten Auftritte im ersten Stock im Kaufhof absolvierte. Wir haben das Stück als öffentliche Probe "inszeniert", wir hatten zwei Regisseure, drei Sprechchöre und 6 Hauptrollen. Im Stück selber waren drei Sprechchöre eingebaut, mit vorbereiteten Pappschildern wurde das Publikum erfolgreich aufgefordert Sätze wie " Die Bullen lalülala, lalülala" an den entsprechenden Stellen mitzusprechen. .Zu Beginn wurde aus einem Ghettobluster mehrfach "I shot the sheriff" abgespielt, dann wurde an drei Stellen des Kaufhofes das Stück aufgeführt. Das Ende des Stücks war ein kleiner Demo-Zug mit "Bezahlt wird nicht" Sprechchor und I shot the sheriff - Gesang.
Der Saturn blieb schwer bewacht, im Kaufhof selber war fast alles erlaubt, was sonst nicht erlaubt ist und sonst zu unfreundlichen Begegnungen mit dem Sicherheitspersonal führt. Italienische Fahnenketten, Konfetti-Kanonen und Bob Marley extra laut, Flugblätter und öffentliche Anproben verschiedener Hüte, alles war erlaubt, nur Flugblätter durften die VerkäuferInnen nicht annehmen. Und auch der einfache Ladendiebstahl wäre wohl von unzähligen zivilen Einkäufern mit Hilfe der Bereitschaftsbullen "aufgeklärt" worden.
Nachdem uns die Liberalität des Kaufhofs auf den Geist ging, sind wir kurz entschlossen zur 4. Auffführung in unsere geliebte Rathausgalerie gewandert. Dort traten wir zum letzten Mal im dortigen Eiscafe auf, umringt von WDR-Redakteuren und Kamerateams , die sich gerade auf eine Live-Sendung vorbereiteten. Unser Auftritt wurde deswegen von den ZuschauerInnen für offiziell gehalten und auch die Redakteure waren eher besorgt, das wir 2 Stunden später in ihrer Regionalshow mitspielen wollten. Da dies nicht so war, wurde auch hier die Freiheit der Kunst in keinster Weise angetastet. Trotzdem war es ganz lustig, zumal die Leute, die sonst mit den schwarzen Sheriffs zu tun haben, selber sehr amüsiert waren über die Zurückhaltung am heutigen Tag. Auf eine Nachfrage von einem schwarzen Jugendlichen: "Kommt ihr auch, wenn uns die schwarzen Sheriffs das nächste Mal anpacken?" war die Antwort von einem der Schauspieler etwas unbefriedigend. "Ruft doch dann im Infoladen an!" Unser Anrufbeantworter wird wohl kaum rechtzeitig in den Laden laufen können....





Frau Agonglovi wird als ehemalige Bewohnerin der Neuen Hafenstraße und Überlebende des Brandanschlags von ihren rassistischen und sexistischen Erfahrungen nach dem Brand berichten.

Janne von der AG rassistische Ermittlungen, die die Flüchtlinge von Anfang an begleitet, wird ihre Erfahrungen zu dieser Arbeit darstellen.

Maria von der Prozeßgruppe Hattingen wird über die politische Bedeutung der Brand-anschläge für die Entwicklung des rassistischen Konsens sprechen.

Bleiberecht für die Überlebenden des Brandanschlags!

Bleiberecht für alle!

Gegen die rassistische Ausgrenzungspolitik des Staates – weg mit allen Sondergesetzen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen!

Veranstalterinnen:
autonome Frauengruppe Lübeck-AG in der Antirassistischen Initiative

Im Januar letzten Jahres starben in den Flammen einer Flüchtlingsunterkunft in Lübeck 10 Menschen. Bereits nach kurzer Zeit konzentrierten sich die Ermittlungen auf die BewohnerInnen, die Überlebenden.
Stundenlange Verhöre und Unterstellungen mußten die Brandopfer über sich ergehen lassen. Die Frauen waren mit einem patriarchalen Blick konfrontiert. Täter wurden nur in den Reihen der Flüchtlinge gesucht. Safwan Eid wurde verhaftet und saß fast sechs Monate in isolierter Untersuchungshaft.
Im Prozeß wurde das Leben der BewohnerInnen, die als ZeugInnen vernommen wurden, vorgeführt und in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gestellt.

Vor dem Hintergrund polizeilicher Unterstellungen der Prostitution und Pornographie mußten besonders die Frauen der Flüchtlingsunterkunft Fragen ihrer persönlichen Beziehungen beantworten, wie ihr alltägliches Leben aussieht.
Die infamste Unterstellung scheint zur Gewißheit zu werden, wenn sie sich auf Menschen bezieht, die hier nicht leben sollen. Der breite Konsens dieser Ausgrenzung hat schon die Voraussetzungen dafür geschaffen, diese Menschen weniger zu schützen, Tod und schwere Verletzungen zu übergehen, die Verbrechen an ihnen nicht zu verfolgen, mitzutragen, zu befördern. Gegen diese Entmenschlichung, vor Gericht und in der Öffentlichkeit hat sich kaum Protest erhoben; die Mehrheit dieser Gesellschaft akzeptiert und begrüßt sie

ohne nennenswerte Bedenken – schon morgen bedenkenlos?
Im Prozeß der rassistisch-sexistischen Formierung dieser Gesellschaft spielen die Medien eine herausragende Rolle, ihren Lügen, ihrer rassistischen Sichtweise von FAZ bis taz wird geglaubt, weil es die Einstellung bestätigt.
Safwan ist freigesprochen – aber dieser Prozeß hat die rassistischen Gewaltverhältnisse zementiert und kommt einem Freibrief für weitere rassistische Angriffe und Morde gleich.

Das Verfahren gegen Safwan ist faktisch beendet – die rassistische Formierung geht weiter – die Mörder laufen frei herum.

Was bedeutet Lübeck für die gesellschaftliche Veränderung hier – für uns?

Der Prozeß läuft seit eineinhalb Jahren. Wir haben uns in FrauenLesben-Zusammenhängen damit bisher kaum auseinandergesetzt. Die institutionellen und offen rassistischen Angriffe gehen weiter und erzeugen ein Gefühl von Ohnmacht, das lähmt.
Wir gewöhnen uns an Nachrichten rassistischer Gewalt und Übergriffe. Aus der Empörung folgt kein Handeln. Wir werden eingeübt ins Vergessen. Unser Feind ist die Gleichgültigkeit, die langsam wächst. Wir bewegen uns nicht. Wir grübeln. Der Alltag frißt uns auf.
Diesen Zustand wollen wir verändern.
In dieser Veranstaltung wollen wir über die Geschehnisse und Zusammenhänge von Lübeck informieren und gemeinsam diskutieren, wie wir die Gewöhnung und Ohnmacht durchbrechen können, wie wir handlungsfähig werden können.

Gegen den rassistischen und sexistischen Normalzustand!

Am **18.Januar 1996** setzen Rassisten eine Asylunterkunft direkt an der Lübecker Trave in Brand und töten zehn Asylsuchende aus afrikanischen und arabischen Staaten. An die Stelle des reichsdeutschen *„wir erinnern uns nicht"* soll ab jetzt, so hat es den Anschein, *die (bundesdeutsche) sofortige und nachhaltige Leugnung der Realität* treten.

Am **30. Mai 1997** brennt in Frankfurt/Oder eine Unterkunft für psychisch kranke Menschen ab, acht Frauen sterben in den Flammen. Ursache: ungeklärt. Seit dem Brandanschlag von Lübeck verbrannten zwischen Lübeck, Hoyerswerda und Friedrichshafen (in Deutschland...) ungezählte Obdachlose, Asylsuchende, Behinderte und psychisch Kranke in Heimen und Unterkünften. Es handelt sich mitunter um *Unfälle*. Aber es stellt sich - angesichts eines gesellschaftlichen Klimas von Ausgrenzung, „Kostensenkung" und Abschiebung - die Frage: Was sind die materiellen Bedingungen, die gesellschaftlichen Ursachen derjenigen Brände, die *nicht* von faschistischen Brandstiftern gelegt wurden? Und: Warum eskalieren beide gleichzeitig und werden gleichermaßen als *Normalität* hingenommen?

Am **25. Juni 1997** endet vor dem Landgericht Lübeck voraussichtlich der Prozeß gegen den jungen Asylsuchenden Safoan E., selbst Opfer des Brandanschlags in der Hafenstraße, mit Freispruch mangels Beweisen. Die Mörder werden nicht verfolgt. Spuren, die kaum abweisbar auf Neonazis hindeuten, wurden verwischt, die herrschenden Medien treufeln über anderhalb Jahre absurde Verdächtigungen und rassistische Unterstellungen gegen die Überlebenden ins gesellschaftliche Bewußtsein, wo sie einsickern und sich festsetzen. Jetzt droht die Abschiebung der Überlebenden. Wenn alle die Vollendung der Vertuschung dulden, kann in Zukunft nicht einmal Erinnerung mehr eingefordert werden.

Am **Samstag, 28. Juni um 12 Uhr** findet am Markt, Lübeck, eine bundesweite Demonstration ***gegen den staatlichen Rassismus*** und für die ***Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen die verdächtigen Nazis*** statt.

Wir rufen deshalb auf zur bundesweiten Demonstration!
Gegen den eskalierenden rassistischen Normalzustand

Treffpunkt zur Fahrt nach Lübeck:
28. Juni, 7.00 Uhr, Mehringhof.

Weitere Informationen beim:
ANTIRASSISTISCHEN TELEFON (030) 785 72 81
Buskarten gibt's bei SCHWARZE RISSE, Mehringhof.

(Lübeck-AG c/o ARI, Yorckstr. 59, 10965 Berlin)

**Terminveränderung:
Demo am 5. Juli**

Zur Erinnerung an

Francoise, Christelle, Legrand,
Christine, Daniel, Mija, Monique,
Susanna, Rabia, Sylvio

und all die anderen,
die als Flüchtlinge in dieses Land
kamen und von deutschen Mördern
umgebracht wurden.

Wie lange noch bleiben
die rassistischen Mörder ungestraft?

Brandanschlag gegen die Flüchtlingsunterkunft in Friedrichshafen /Bodensee

Am 4. Juni 97, morgens gegen 4.00, brannte die Unterkunft für Asylsuchende in Friedrichhafen am Bodensee aus. Dort mußten zu der Zeit ca. 370 Personen leben. Ein Kurde, der seit ca. 12 Monaten im Asylverfahren war, wurde dabei getötet, viele andere erlitten z.t. schwere Verletzungen durch Not-Sprünge aus den Fenstern.
Die Zu- und Ausgänge zur Unterkunft waren für die dort Untergebrachten nicht begehbar.
Aber nein, sagt die Polizei und ihr Ermittlungskommando in Ravensburg, einen Anschlag könne sie bis jetzt nicht bestätigen. Zwar scheide inzwischen ein technischer Defekt aus, meinte sie am Freitag, aber es könne auch noch eine Brandursache durch die BewohnerInnen in Frage kommen. Diese werden nun einzeln vernommen.
Man kennt solche Erklärungs- und Ermittlungsmethoden. (Es war zufällig an dem gleichen Tag, als in Lübeck selbst die Staatsanwaltschaft Freispruch für Safwan Eid beantragen mußte...)
Tatsachen, die dagegen sprechen - man muß auch diese eigentlich nicht extra erwähnen: im Vorraum zur Unterkunft waren die (leeren) Fresspakete aus Plastik gestapelt, diese wurden angezündet. Dabei entwickelte sich ein beissender Geruch, das Feuer breitet sich schnell aus. Die Zwischentüren zu den Gängen, in denen die Zimmer der Flüchtlinge liegen, waren versperrt! Die Außentür stand dagegen offen!
Ebenso versperrt war ein Notausgang. Dort standen zahllose Fahrräder - von außen davorgestellt.
Einen Anschlag könne die Polizei (noch) nicht bestätigen....

Am 7.6. demonstrieren ca. 1.000 Menschen, mehrheitlich kurdischer Herkunft, gegen diesen neuerlichen Brandanschlag in der Innenstadt von Friedrichshafen. Die Polizei machte -wieder einmal- Ärger wegen der Fahne und einem T-Shirt ("Ich bin PKK"). An der Sachaufklärung scheinen sie nicht weiter interessiert zu sein.

In der Nacht zum 1. Mai gab es eine Bombendrohung in derselben Asylunterkunft. Hier wird bis heute behauptet, es habe sich -als Ursache- um einen internen Streit gehandelt. Auch dieses Muster ist allseits bekannt.

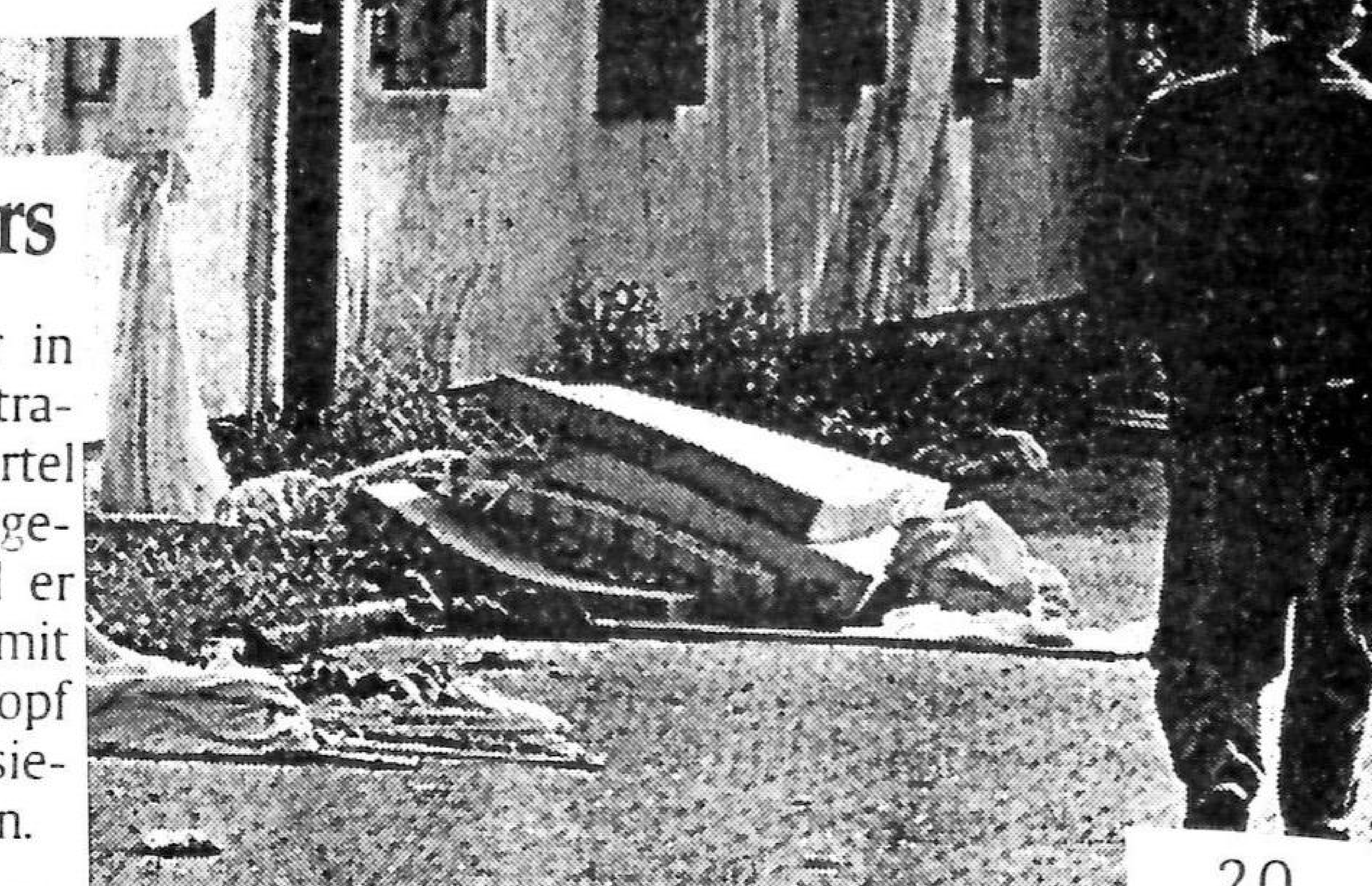
Vor Jahren wurde in Friedrichshafen ein Afrikaner erschlagen. Heute behauptet die Polizei, die Skinhead-Szene sei ruhig, keine besonderen Vorkommnisse.

Auch dieses Strickmuster ist bekannt.

Skinhead gesteht vor Gericht Totschlag eines Punkers

MAGDEBURG (AP). Der 17jährige Skin-
ad Marcus J. hat vor dem Landgericht
agdeburg gestanden, im Februar den
ichaltrigen Punker Frank Böttcher um-
bracht zu haben. Politische Motive für
Tat bestritt er jedoch, wie ein Gerichts-
recher am Ende des ersten Verhand-
gstages sagte. Die Staatsanwaltschaft
rft dem als ausgesprochen aggressiv geltenden 17jährigen vor, sein Opfer in der Nacht zum 8. Februar an einer Straßenbahnhaltestelle im Plattenbauviertel Neu Olvenstedt zunächst zusammengeschlagen zu haben. Anschließend soll er den am Boden liegenden 17jährigen mit Springerstiefeln mehrfach gegen den Kopf getreten und ihm ein Butterflymesser sieben Mal in den Rücken gestochen haben.

.6.97



Mit zusammengeknüpften Leintüchern hatten die Bewohner des Asylbewerberheims versucht, sich in Sicherheit zu bringen. Bild: Markus Leser

Berlin, 20. 6. 97

Betr.: Festnahmen während des EUROTOPS in Amsterdam

über die Vorgänge während des Eurotops seid Ihr vermutlich informiert.
Ich war selbst einer derjenigen, die wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung von Sonntag abend bis Mittwoch abend im Knast saßen.
Grund dieses Schreibens: Unter den zahlreichen Deutschen, die festgenommen wurden, waren auch etliche BerlinerInnen. Darunter mögen einige sein, die noch nicht über die Möglichkeiten informiert wurden, Entschädigungsansprüche gegen die holländischen Bullen geltend zu machen. Außerdem wurden vielen Leuten die sichergestellten Sachen noch nicht zurückgegeben. Ich habe heute um 13 Uhr bei den Bullen in Amsterdam angerufen und nach meinen Sachen gefragt. Auskunft: Nicht auffindbar. Vermutlich habe sie ein anderer Deutscher mitgenommen ..... Allerdings bestätigte mir der Bulle, daß die hollandische Polizei die volle Verantwortung für denVerbleib der Sachen sowie die aus deren Verlust entstehenden Folgekosten trüge.
Also, im folgenden eine Zusammenfassung, die vielleicht für den Abdruck in der Interim interessant ist:

1. Das Autonome Zentrum Amsterdam beabsichtigt, mit der Unterstützung von Rechtsanwälten eine Massenklage gegen die Verhaftungen und die Forderung nach Entschädigungszahlungen durchzuführen. In zwei Instanzen wurde von Gerichten bereits festgestellt, daß die Verhaftungen (gemeint sind auf jeden Fall die vom Sonntag abend wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung") und somit auch das Sicherungsgewahrsam von Anfang an illegal waren. Die holländischen Gesetze sehen in diesem Fall Entschädigungsansprüche von 200 Gulden pro Tag vor.

2. Außerdem besteht Anspruch auf Erstattung von Auslagen, die durch die Inhaftierung notwendig geworden sind. Wer also seine Mitfahrgelegenheit verpaßt hat und ein Zugticket kaufen mußte, wer Verdienstausfall hatte, weil er von Montag bis Donnerstag nicht wie geplant seinem Job nachgehen konnte usw., kann diese Kosten geltend machen - sofern sie nachweisbar sind.

3. Die Leute, deren sichergestellte Gegenstände nicht ausgehändigt wurden, können die Kosten für den Ersatz ebenfalls zurückfordern (Führerschein, Ausweis, Schlüssel, Kleidung usw.). Die Telefonnumer der Polizeistelle in Amsterdam, welche die Sachen in Verwahrung hat bzw. eigentlich haben müßte: 0031 20 5594003. Der Anwalt Jan Donk will versuchen, sämtliche noch „übriggebliebenen" Gegenstände in sein Büro zu schaffen. Also ggf. auch ihn anrufen: 0031 20 693 55 44.

4. Zur praktischen Durchführung der Entschädigungsansprüche hat das Autonome Zentrum ein Formular entworfen, das möglichst bald ausgefüllt und abgeschickt werden sollte. Es kann auch nichts schaden, beim Zentrum anzurufen und evtl. selbst einen Anwalt zu beauftragen.

5. Für Anfang Juli ist die Herausgabe eines Schwarzbuches geplant, das ausführlich über Ablauf der Verhaftungen und der Inhaftierung informieren soll. Dafür benötigt das Autonome Zentrum jede Menge Gedächtnisprotokolle. Diese können (wie auch das Formular) in deutscher Sprache abgefaßt werden.

6. Diejenigen, die den Bullen gegenüber keinen Namen genannt haben und als NN liefen, sollten ihren Namen zumindest gegenüber dem Autonomen Zentrum bzw. dem Anwalt nennen. Auf Wunsch wird die Klage dann vor Gericht weiterhin unter NN geführt (siehe auf dem Formular unter Punkt 1). Notwendig ist bei NNs dann die Nummer, unter der die sichergestellten Gegenstände verwahrt wurden.

Es folgt jetzt eine Übersetzung des Formulars, die keineswegs profimäßig ist, aber das wichtigste enthält. Möglicherweise kennt Ihr jemanden, die/der etwas mehr holländisch spricht

KLAGE- UND SCHADENVERGÜTUNGSFORMULAR

die Angaben sollen dazu dienen, vor den Justizorganen eine Klage einzubringen zwecks Schadenvergütung für unberechtigte Festnahme.

1. *Personalien*
   Name, Vorname:
   Geburtsdatum:
   Adresse:
   Telefonnummer:
   NN-Nummer:

   Ich will/will nicht unter meinem Namen prozessieren (Unzutreffendes durchstreichen)

2. *Festnahme*
   Datum und Uhrzeit der Festnahme:
   Datum und Uhrzeit der Freilassung:
   Ort des Gewahrsams:

3. *Besondere Klagen über die Behandlung*
   (betr. Recht auf Aussageverweigerung, Anrufe, Kontakt zum Anwalt, Transport, Übernachtung, Einschüchterungen, Verpflegung usw., ggf. auf gesondertem Zettel zu vermerken).

4. *Verdienstausfall* (unbedingt Bescheinigung des Arbeitgebers vorlegen!)

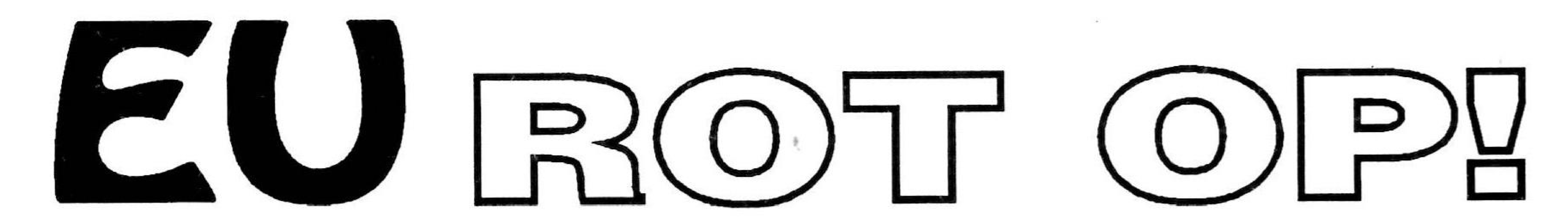
5. *Andere Schäden* (Materialschäden, nichtausgehändigte Gegenstände wie Kleidung usw.), möglichst Nachweise erbringen (Quittunge.

6. *Rechtsanwalt*

7. *Bankverbindung*

Das Formular, zusammen mit einer Kopie des Befehls über das Sicherungsgewahrsam so schnell wie möglich schicken an:
Autonoom Centrum usw. Vorwahl aus Deutschland: 0031 20 612 6172

Kampagne gegen Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär
Oranienstr. 25
10999 Berlin
Fon 615 005 30/31
Fax 615 005 29



Tegen een Verenigd Kapitalistisch Europa!

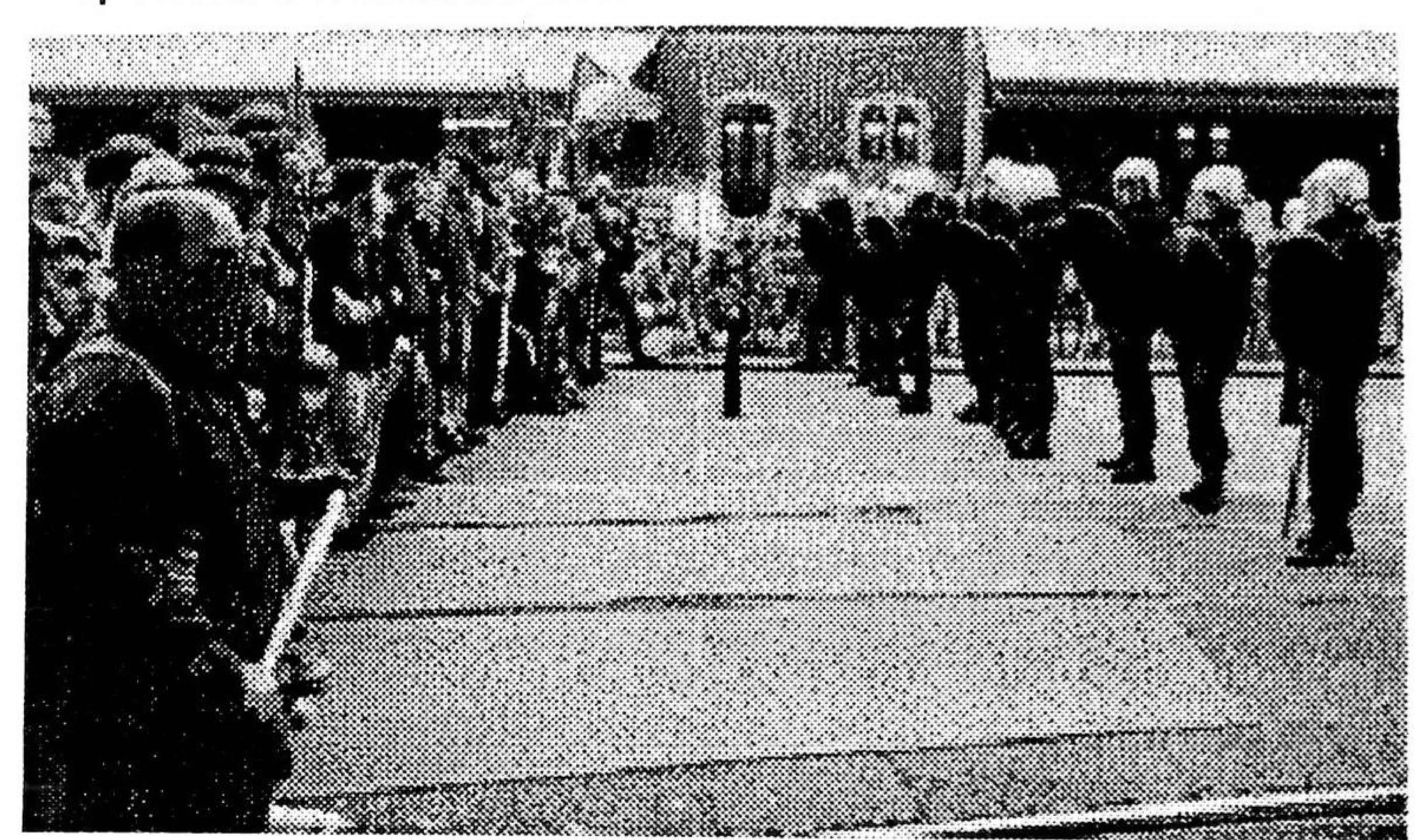
Für **INTERIM** Alfred Jodokus Quak, Amsterdam

Photos siehe auch http://www.contrast.org/eurostop/

Vom 14.-17. Juni fanden in Amsterdam europaweite Aktionstage gegen den EU-Gipfel zum Maastricht II-Vertrag statt. Unter dem Motto „EU rot op!“ (EU verpißt Euch) stand ein breites Netz von Gegenaktivitäten zum Eurotop: der alternative Gipfel von Unten („Top van Onderop“), Demonstrationen, direkte Aktionen, Happenings, Raves...flankiert von autonomen Medien in Form eines rund um die Uhr auf niederländisch, englisch und deutsch berichtenden Piratensenders und des „Daily Amsterdamned - Action newspaper against the June 1997 Amsterdam EU-summit“. Gleichzeitig erlebten die Niederlände mit der „Festung Amsterdam“ den größten Polizeieinsatz ihrer Geschichte. Rund 15.000 Büttel hielten ganze Stadtviertel über Tage besetzt und sorgten mit ihrer Umsetzung der Festung Europa für einen Skandal auch in der „offiziellen“ niederländischen Öffentlichkeit.

Samstag, 14. Juni:

Rund 50.000 Menschen demonstrieren auf einer Bündnisdemonstration gegen das Europa der Multinationalen, die gleichzeitig der Abschluß des Euromarsches gegen Erwerbslosigkeit ist. Aus dem „autonomen Block“ von etwa 500 Personen werden immer wieder Banken angegriffen und zahllose Eu-Gipfelfahnenmäste gefällt. Ein Durchbruch zur Niederländischen Bank - dem Tagungsort des Eurotop - mißlingt, es kommt zu Auseinandersetzungen mit der „riot police“ in deren Verlauf auch ein Bullenauto umgedreht wird. Zu weiteren Auseinandersetzungen kommt es nach Ende der Demonstration am weiträumig abgesperrten Centralbahnhof.



Skandal No 1:
Am Centralbahnhof werden seit Stunden einige hundert ItalienerInnen von einem massiven Polizeiaufgebot festgehalten, die - mit 3.000 Menschen von Mailand kommend - an allen Grenzen die Paßkontrollen und das Lösen von Fahrscheinen verweigert haben und an der Anti-EU-Demo teilnehmen wollten. Renaultarbeiter, Punks, anarchosyndikalistische GewerkschafterInnen (...) blockieren den Bahnhof, um den Abtransort der italienischen DemonstrantInnen zu verhindern. Die ItalinerInnen werden mit Plastikhandschellen gefesselt, ED-behandelt und ins größte Amsterdamer Gefängnis verbracht. Gegen 20.oo Uhr entschließt sich die niederländische Polizei, sie mit zwei bewachten Zügen nach Italien abzuschieben. Gegen 3.oo Uhr stoppen die ItalienerInnen ihren Zug, um gegen die entwürdigenden Bedingungen zu protestieren (seit Stunden kein Wasser und Verpflegung). Gegen 16.oo Uhr werden bei Mannheim die Züge vom BGS erneut gestoppt, die massenhafte Identitätsfeststellungen vornimmt und die Zugfenster mit schwarzem Klebeband undurchsichtig macht. Bei Lugano schreiten die schweizer Bullen ein. Von ihrer Ankunft in Italien gibt es leider keine weiteren Informationen...

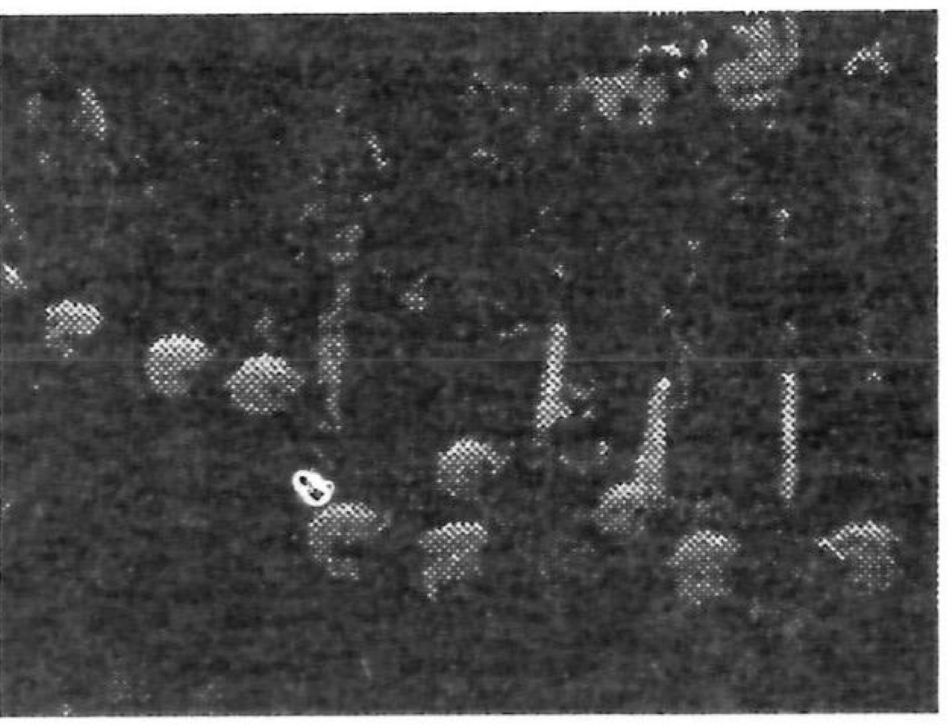
Sonntag, 15. Juni:

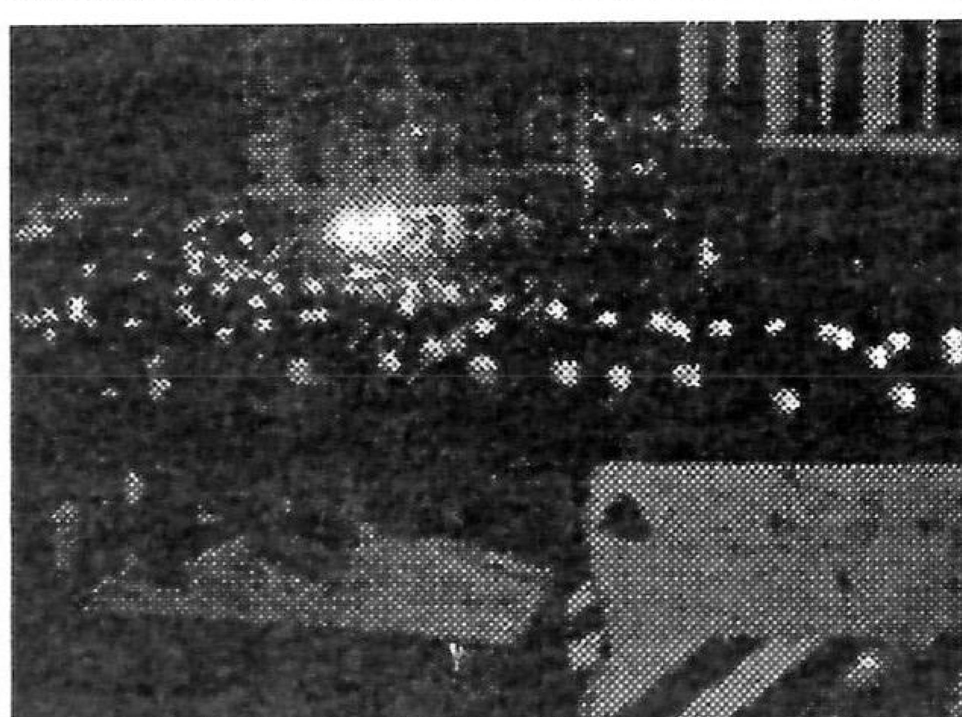
Streetparty gegen die repressive europäische Drogenpolitik. Demonstration für „Eutopia“ und Schwulenrechte in Europa. Die Anreise der EU-Delegationen steht bevor und die Bullen beginnen mit massiven Provokationen. Gegen 22.00 Uhr wollen rund 350 Autonome vom „Vrankrijk“ (ehemals besetztes Zentrum) in einer unangemeldeten („we never inform the police“), explizit friedlich angelegten Demo zum zentralen Polizeigefängnis aufbrechen, um ihre Solidarität mit den am Vortag Inhaftierten (zahlreiche Nicht-NiederländerInnen) zu bekunden. In einer überfallartigen Aktion greift die „riot police“ nach nur 50 Metern die Demo an und kesselt alle TeilnehmerInnen ein.

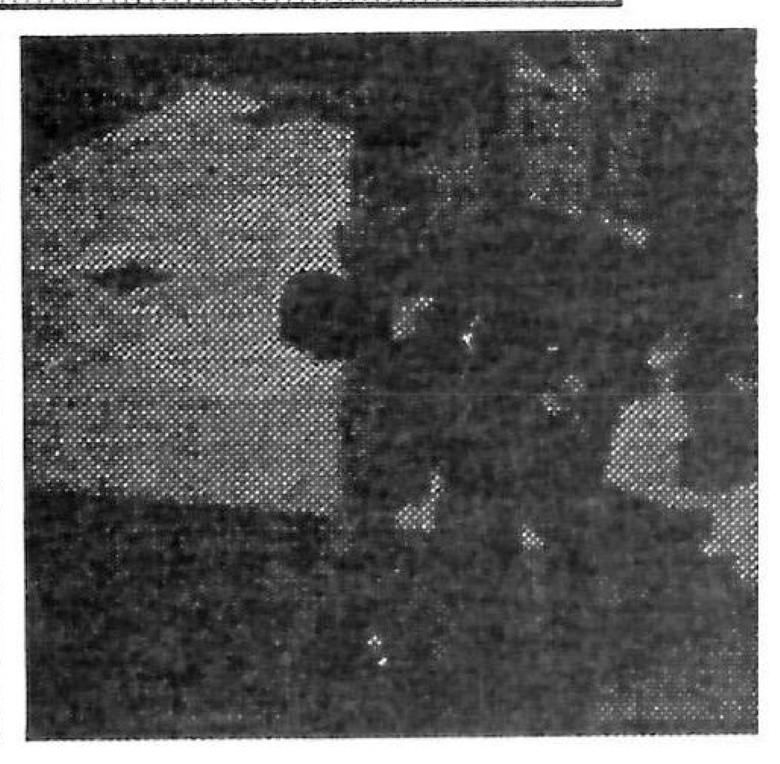
Skandal No 2:
Das gesamte Viertel um den Kessel wird massiv abgeriegelt. Bis 2.oo Uhr werden die DemonstrantInnen mit Plastikhandschellen in neun Linienbussen in ein Gefangenensammellager in der Nähe Amsterdams verbracht und am morgen auf verschiedene Polizeigefängnisse in den Niederlanden verteilt. Dieser Vorfall um den „Amsterdamer Kessel“ führt in den vermeintlich liberalen Niederlanden vollends zum öffentlichen Skandal: Die Polizei versucht ihr illegales Handeln mit dem Antiterrorartikel 140 (Bildung einer kriminellen Vereinigung - vgl. § 129 StGB) zu legitimieren. Bis zum Dienstag werden rund 700 Personen inhaftiert. In den verschiedenen Knästen kommt es zu regelrechten Haftrevolten, weil immer wieder ausländische Demonstranten diskriminiert und z.T. per Flugzeug (gesamtes

Gepäck noch in Amsterdam!) abgeschoben werden. Nach Deutschland Abgeschobene werden hier von den Bullen erneut ED-behandelt und erhalten eine Anzeige wegen Landfriedensbruch (!). In der deutschen Öffentlichkeit komplett ignoriert, beschäftigt der Amstderdamer Eurotop die Niederlande als Polizeigipfel mit Sondersitzung des Parlaments. Analog zum Hamburger Kessel 1986 sind bereits jetzt Haftentschädigung und Schmerzensgeld im Gespräch.









Montag, 16. Juni:

Empfang der Eurobonzen bei der niederländischen Königin am Dam. Der erste und letzte Versuch des bürgerfreundlichen EU-Gipfels mit Anfahrt durch die Menge mißlingt gründlich. Rund 500 DemonstrantInnen empfangen den Konvoi mit Obst, Körperflüssigkeit und haßerfüllten „EU rot op"-Sprechchören. Am Mittag demonstrieren rund 10.000 vor allem kurdische Frauen gegen die EU-Türkeipolitk. Am Nachmittag findet eine Fahrraddemonstration gegen die Festung Europa von der Niederländischen Bank zum Abschiebeknast am Stadtrand statt, natürlich ebenfalls unangemeldet - wie sich inzwischen versteht. Am abend wollen rund 200 Menschen vom Nieumarkt aus mit einer Jubelparade die Bonzen in ihren Hotels begrüßen. Die Bullen kesseln erneut ca. 150 DemonstratInnen ein, die aber am nächsten Tag wieder freigelassen werden (müssen). Rund 20 Leuten gelingt durch Stunteinlagen die Flucht per Boot oder Sprung in die Gracht.

Knastkundgebung:
Besondere Erwähnung verdient u.E. die Demo zum Abschiebeknast. Etwa 800 Menschen versammelten sich vor dem auf einem Feld unweit der Autobahn und in direkter Angrenzung an einen Golfplatz gelegenen Abschiebeknast. In absolut vorbildlicher Organisation wurde ein „Eurotunnel" zur Knastmauer gegraben, mehrere tausend Tennisbälle mit Botschaften für die Häftlinge versehen und über die Knastmauern befördert, die ca. 7 Meter hohe Knastmauer mit einer Feuerwehrleiter an zwei Stellen erklommen und - mehr als symbolisch - zusammengeknotete Bettlaken ins Innere niedergelassen. Desweiteren wurde eine mittelalterlich anmutende ca. 3 mal 2 Meter umfassende Wurfmaschine zusammengeschraubt, an die Knastmauer gerollt und Wasserbomben sowie zwei Farbbeutel ins Innere katapultiert. Das leibliche Wohl der AktivistInnen wurde durch das Kochkollektiv von Rampenplan abgerundet. Einziges Manko: die Abschiebehäftlinge kamen an diesem abend zu dem Privileg des Kinoguckens, um von den Aktivitäten draußen isoliert zu sein...

Dienstag, 17. Juni:

In den frühen Morgenstunden wird am Centralbahnhof von ÖkoaktivistInnen ein Hochgeschwindigkeitszug blockiert, um gegen den im EU-Vertrag geplanten europaweiten Ausbau von Autobahn- und Hochgeschwindigkeitsnetzen zu demonstrieren. Am Nachmittag nehmen rund 2.000 Menschen an der autonomen Demonstration gegen den Eurotop teil, die wider erwarten nicht eingekesselt wird. Ein Durchbruch zur Niederländischen Bank ist nicht möglich, daher wird der Protest in der Innenstadt zum Ausdruck gebracht. Am Ende der Demonstration werden auf dem Dam die Sperrgitter umgerissen und das ca. 300m² große, zur Freude der EU-Bonzen angelegte Euro-Priemelfeld komplett zerlegt. Eine halbe Stunde lang tobt die Priemelschlacht, die weder Bullen noch DemonstratInnen verschont; viele Blumen werden an zuschauende Amsterdamer BürgerInnen verschenkt. Gerüchten zufolge soll bis zum Dienstagabend rund 20 Nobelkarossen der Garaus gemacht worden sein...

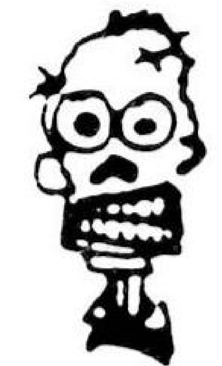
Auf ein Paar abschließende Worte soll denn doch nicht verzichtet werden:
Die Aktionstage gegen den Amsterdamer Eurotop sind insgesamt als Erfolg zu bewerten - nicht zuletzt angesichts des hohen Repressionsdrucks. Trotz der gegenwärtigen Schwäche einer radikalen Linken nahmen mehrere tausend Menschen der verschiedensten Spektren aus fast allen europäischen Ländern an den Gegenaktivitäten teil. Dabei ist zu konstatieren, daß die Koordination verschiedener autonomer Kleingruppen und Zusammenhänge mehr als mies verlief und bei verbesserten Absprachen, ausreichender Mobilität, Ortskenntnissen und Klarheit über Technix selbst mit low-level-Aktivitäten weitaus mehr drin gewesen wäre (...) Dieses Manko läßt sich aber durchaus auch als Ausdruck der Ignoranz in weiten Teilen der BRD gegenüber den Aktivitäten des Euromarsches gegen Erwerbslosigkeit, des Gegengipfels als europaweiter Thematisierung der „sozialen Frage" der neunziger Jahre verstehen. Eine an fast ausschließlich aktionistische Handlungsoptionen orientierte Theorie- und vielleicht teilweise Ahnungslosigkeit gegenüber dem, womit in wenigen Jahren eine von „parlamentarischen" Kontrollmechanismen weitestgehend losgekoppelte EU, von den Industrienationen ausgehend das Gesicht nicht nur der west- und osteuropäischen Gesellschaften einschneidend verändern wird. Eine fundierte linksradikale Kritik an diesem Europa der Multinationalen, die bereit ist, die politisch-ökonomische Zäsur nach 1989 endlich zu realisieren und ihren Blick auf die realen gesellschaftlichen Verhältnisse und Interventionsansätze vor Ort wieder zu schärfen - über konkrete Projekte europaweit vernetzt - wäre fast so etwas wie ein wenig Licht am Ende des Tunnels...

Presse-Erklärung des Vrankrijk

Amsterdam 16.Juni 1997



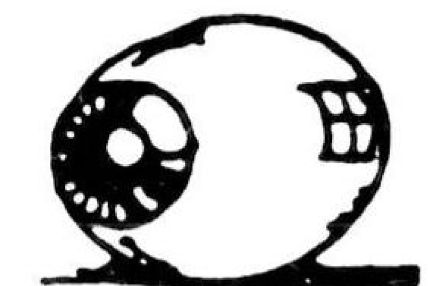
In der letzten Nacht am 15. Juni um 21.30 wurde eine komplette Demonstration von etwa 300 Leuten verhaftet kurz nachdem sie das Vrankrijk (siehe *) verlassen hatten. Die Demonstration wurde durchgeführt um Solidarität mit den am Samstag und Sonntag Verhafteten auszudrücken. Es gab absolut keinen Grund für diese Polizeiaktion; die Demonstration war friedlich und erst einige Meter vorangekommen. Die Massenverhaftungen können deshalb nicht mit "Straftaten" in Verbindung gebracht werden. Aus diesem Grund haben die Autoritäten den Artikel 140 benutzt, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Seit einigen Jahren wird dieses Gummigesetz benutzt, um grundsätzliche politische Opposition zu kriminalisieren.



Späer in derselben Nacht ging die Polizei wieder gegen uns vor, ohne provoziert worden zu sein. Sie zwangen eine Menge Menschen im Vrankrijk Zuflucht zu suchen. Einige Dutzend wurden später verhaftet. Darüberhinaus drohte die Polizei das Cafe und das Haus zu durchsuchen, und alle Anwesenden zu verhaften. Diese Polizeidrohung ist immer noch präsent. Dies war nicht die erste politisch motvierte Einschüchterung während des Eurogipfels. Vorher wurden mehrere Häuser und auch ein Buchladen in Nijmegen im Osten der Niederlande von der Polizei heimgesucht. Sie drohten weitere Maßnahmen an, falls die dort lebenden oder arbeitenden Menschen Demonstartanten während des Eurogipfels beherbergen würden.



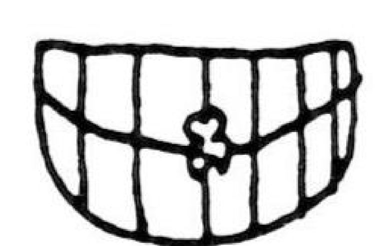
Am Samstag, dem 14. Juni wurde eine Gruppe ItalienerInnen ihres Rechtes zu demonstrieren beraubt. Sie wurden in ihrem Reisezug verhaftet, gefangengehalten und später des Landes verwiesen



Wir sehen darin den folgenden politischen Hintergrund: W„hrend des Eurogipfels erhalten wir einen Vorgeschmack des Vereinten Europas, wie die EU-Führer es sich vorstellen. Grundsätzliche Opposition wird nicht toleriert werden, sondern durch ein Übermaß an repressiven Maßnahmen unterdrückt werden. Sie wollen die EU von oben nach unten durchsetzen. Zur gleichen Zeit versuchen sie die Entwicklung einer internationalen Basisorganisierung zu verhindern. Die oppositionelle Bewegung kämpft gegen die gegenwärtige Europastruktur, sie versucht eine andere und gerechtere Zukunft zu schaffen. Die Herrschenden haben viel zu gewinnen, wenn sie die Solidarität innerhalb dieser Bewegung zerstören und wenn die Bevölkerung im Schlaf gehalten wird. Darum benutzen sie einen alten Trick: In den Medien wird das Bild von nihilistischen Chaoten gezeichnet. Eine künstliche Spaltung zwischen guten und bösen Demonstranten. Durch die dauernde Hervorhebung von "Gewalt" und "Ausschreitungen", lenken sie die Aufmerksamkeit von den Hauptpunkten ab.
Um eins klar zu stellen: wir haben nicht die sogenannten Chaos-Tage organisiert oder etwas ähnliches. Wir übernehmen nur die Verantwortung für die Sachen die wir selbst organisiert haben (Siehe *). Aber wir weigern uns, von irgendetwas zu distanzieren, oder uns von den Herrschenden vorschreiben zu lassen, welches "akzeptable Mittel des Protestes" sind. Wir nehmen uns das Recht unseren Protest so zu organisieren, wie wir das für nötig haten.

Wir werden nicht zum Schweigen gebracht werden. Wir werden fortfahren, unsere politische Überzeugung auszudrücken und wir werden uns international mit denjeneigen organsieren, die wir uns aussuchen. Wir werden fortfahren für eine gerechtere Zukunft zu kämpfen!

Stop die EU!
Für internationale Solidarität!
Freiheit für alle Gefangenen jetzt!





Dieses ist eine gemeinsame Erklärung der BewohnerInnen des Vrankrijk und den BetreiberInnen des Cafes im Vrankrijk

(*)Vrankrijk ist ein linksradikales Projekt in der Amsterdamer Innenstadt. Es existiert seit 15 Jahren. Es gibt ein Cafe, wo es poltische Informationsveranstaltungen, Benefiz-Konzerte und kulturelle Aktivit„ten gibt. Außerdem leben in dem Haus etwa 20 Menschen. Die Cafe-Gruppe arbeitet hiervon unabhängig. Aber wir sind vereint in unserem grundsätzlichen Gegnerschaft gegen das gegenwärtige System in Europa und in unserem Kampf gegen das Europa der Banken und Multis. Während des Eurogipfels war Vrankrijk ein Infostützpunkt, Versammlungsort und Erste Hilfe Station. Diese Funktionen wurden ausgeführt in Absprache mit anderen Gruppen der unterschiedlichen Anti-Europa-Bewegung.

In der Nacht vom 31.05. zum 01.06.'97 haben wir am Zaun des BGH / der BAW in Karlsruhe ein Transparent mit folgender Aufschrift angebracht:

Der Baw ist der schlechte Gesundheitszustand von Helmut Pohl bekannt.
Wir fordern die sofortige Operation von Helmut unter menschenwürdigen Bedingungen !!
Freiheit für Helmut Pohl und alle anderen Gefangenen aus der RAF !!
- sofort und bedingungslos - !!

Wir finden unseren Gang nach Karlsruhe richtig, denn abgesehen vom Justizminister und den Verantwortlichen der JVA Schwalmstadt, bestimmen diejenigen aus der Riege der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die Haftbedingungen der politischen Gefangenen.
Helmut Pohl, Gefangener aus der RAF seit 1984, ist schwer erkrankt, er leidet unter den Verknöcherungen mehrerer Halswirbel die das Rückenmark eindrücken, und wenn Helmut nicht schnellstens operiert wird, drohen ihm irreversible Lähmungen.

Eine weitere Aktion haben wir in der Nacht vom 10.06. zum 11.06.'97 durchgeführt.
Wir sind zum Knast Bruchsal gegangen (in dem Christian sitzt) und haben dort an die Außenmauer ein an Holzlatten befestigtes Transparent mit folgender Aufschrift angelehnt:

Freiheit für Christian Klar und alle anderen Gefangenen aus der RAF !!
- sofort und bedingungslos - !!

Christian sitzt seit 15 Jahren im Knast, auch seine Gesundheit ist in den langen Jahren der Isohaftfolter ruiniert worden.

Aus vielen Berichten ist uns die Situation der Gefangenen aus der RAF bekannt.

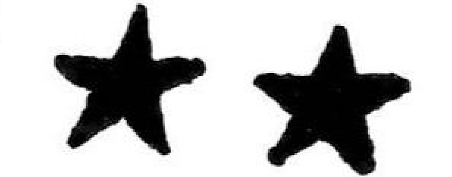
Deshalb gibt es für uns nur die Maxime:

Sofortige und bedingungslose Freilassung der Gefangenen aus der RAF !
Das sind:

Helmut Pohl
Christian Klar
Rolf Heißler
Eva Haule
Rolf Clemens Wagner
Stefan Wisniewski
Brigitte Mohnhaupt
Heidi Schulz
Sieglinde Hofmann
Birgit Hogefeld

Wir hier draußen dürfen unsere gefangenen GenossInnen im Kampf um ihre Freiheit nicht allein lassen !

16. Juni 1997

Genossinnen 

Polizei unterlegen

20.6.97

■ Verwaltungsgericht: Politplakat ist vom Grundgesetz gedeckt

Das Politplakat hoch über dem Görlitzer Bahnhof in Kreuzberg stellt keine Beleidigung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus-Rüdiger Landowsky dar. Das hat gestern das Verwaltungsgericht entschieden.

Demnach müßte die Polizei die Bretter, mit dem sie das Konterfei des CDU-Fraktionschefs am vergangenen Montag unkenntlich zu machen versuchte, wieder fein säuberlich abmontieren. Ob sie das auch tun wird, war gestern nicht zu erfahren. Die Polizei kann noch Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht einlegen.

„Nach Auffasung der Kammer ist das Transparent eine zulässige Meinungsäußerung und genießt somit den Schutz des Artikels 5 Grundgesetz", so die Verwaltungsrichter. 4.000 Mark Prozeßkosten bürden sie der Polizei auf. Unter den gemalten, überlebensgroßen Köpfen von Joseph Goebbels, Franz Josef Strauß und Landowsky ist auf dem Plakat dessen Zitat zu lesen, das Menschen mit Ratten vergleicht, die „beseitigt werden" müßten.

Seit das Plakat am 18. April zum erstenmal auf die Wand des Hauses Manteuffelstraße 42 gekleistert worden war, entspann sich eine beiderseits mit Hartnäckigkeit geführte Auseinandersetzung. Zweimal seilten sich die Plakatierer aus einem Giebelfenster ab. Zweimal rückten Polizisten mit einem Großaufgebot an und übermalten die angebliche Beleidigung. Als der Maler-Anwalt teilweisen rechtlichen Schutz erwirkt hatte, kam die Staatsmacht mit vier Holzbrettern und verdeckte das mittlerweile zum Kunstobjekt mutierte Agitpropgemälde.

So richtig ernst scheinen die Polizisten, die immer mit der Hebebühne in den vierten Stock schweben müssen, ihr Aufgabe aber nicht zu nehmen. Bei der zweiten Übermalaktion ließen sie den letzten Satz unversehrt: „Eine Zensur findet nicht statt" stand dann noch unter der riesigen Fläche mit weißer Deckfarbe. Und die Bretter verdecken nur noch sehr notdürftig die abgebildeten Gesichter. Landowskys Zitat ist nach wie vor zu lesen.

Schlägerei zwischen links und rechts

Rechtsradikale wollten zu einer Sonnenwendfeier in Brandenburg

FRIEDRICHSHAIN (Ha). Etwa 20 Jugendliche aus der rechten Szene sind am Sonnabend abend auf dem Hauptbahnhof in Friedrichshain zielgerichtet von 20 Vermummten aus der linken Szene mit Knüppeln, Schlagstöcken und Nunchakus (einer asiatischen Waffe aus zwei mit einer Kette verbundenen Hölzern) angegriffen worden. Drei Personen aus der rechten Gruppe, die zu einer Sonnenwendfeier in Brandenburg wollten, wurden verletzt. Beim Eintreffen der Polizei hatten sich bis auf die drei Verletzten alle aus dem Staub gemacht. Festgenommen wurde niemand. Die Verletzten mußten mit Prellungen und Platzwunden am Kopf ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

Wie es bei der Kripo hieß, hätten die Autonomen ihre Gegner als „Nazis" beschimpft. Vermutlich habe einer aus der Szene den Aufmarsch der Rechten entdeckt und dann den Trupp Schläger zusammengerufen, um den „anderen was auf die Nase zu geben". „Die Linken wissen auch, daß an diesem Tag Sonnenwendfeier ist." Außerhalb des Gebäudes wurden dann drei Autos bei der Rangelei beschädigt. Zudem sei einem 18jährigen eine Akustikgitarre sowie ein Funktelefon gestohlen worden. Unklar blieb gestern, ob es sich bei dem 18jährigen um einen Beteiligten an der Keilerei [illegible]

23.6.97

Fesseln und verklebter Mund

Wie ein Algerier aus Hamburg über Berlin abgeschoben wurde

BERLIN (-pen). Gefesselt und wie ein Mehlsack geschultert, auf dem Rücken eines Bundesgrenzschutzbeamten aus dem Flugzeug herausgetragen – so ist ein algerischer Häftling Anfang Mai dieses Jahres aus Deutschland via Prag nach Algier abgeschoben worden. Die für Zeugen erschreckende Transportmethode hat ein kleines Geheimnis offenbar: Hamburg schiebt nordafrikanische Straftäter auf dem Weg über Berlin ab, weil der Hansestadt selbst entsprechende Flugverbindungen fehlen.

Das „Paket" auf den Schultern eines zivil gekleideten Grenzschützers war am 6. Mai einer Frau aufgefallen, die mit dem Flugzeug von Tempelhof nach Prag unterwegs war. Der Häftling, den sie dabei sah, war an Händen und Füßen gefesselt, der Mund mit Folie verklebt. Der Bundesgrenzschutz hat den Fall inzwischen dem Tagesspiegel bestätigt. Danach handelte es sich um einen 23jährigen Algerier, verurteilt unter anderem wegen Raubes, Vergewaltigung und Freiheitsberaubung, der aus Hamburg abgeschoben wurde. Der Mann habe als gefährlich für andere und für sich selbt gegolten.

Die hamburgische Innenbehörde hatte um Begleitung durch vier Beamte gebeten. Noch am Tag seines Abtransports aus Hamburg habe der Häftling in seiner Zelle erklärt, er werde sich lieber umbringen als sich aus Deutschland herausbringen zu lassen. Es handelte sich schon um den vierten Abschiebeversuch. Drei seien vorher gescheitert, weil der Mann Widerstand geleistet, Beamte angegriffen und sich in einem Fall mit einer Glasscherbe selbst verletzt habe.

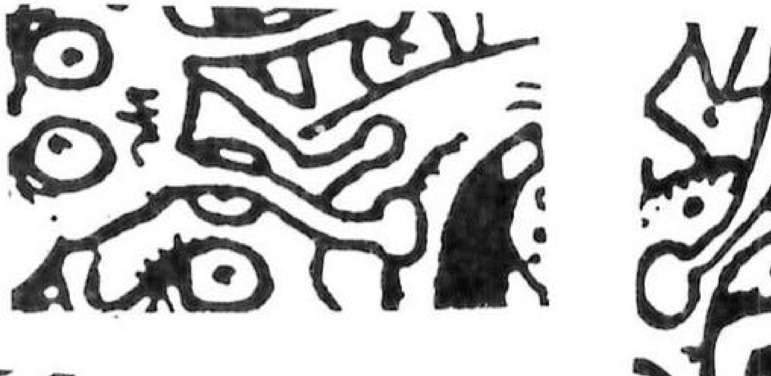
In Berlin kam der Algerier mit Hand- und Fußfesseln an. Die Grenzschützer haben ihn für den Flug nach Prag dann „weiter gefesselt". Um ihn am Kratzen und, wie es heißt, womöglich an Verletzungen durch die Handschellen zu hindern, habe man ihm die Finger verklebt und die Hände zusätzlich auf dem Rücken gefesselt. Außerdem wurden die Beine umwickelt und der Mund verklebt, um Schreien unmöglich zu machen – dies allerdings nicht mehr im Flugzeug.

In Prag wurde der Häfling in diesem Zustand in das Abfertigungsgebäude getragen – „für alle Beteiligten ein schauriger Anblick", wie ein Grenzschützer einräumt. Hier sei die besondere Fesselung schließlich entfernt worden, weil abgeschobene Algerier erfahrungsgemäß dort keinen Widerstand mehr leisteten. Mit der algerischen Fluggesellschaft flog er ab. Den Umweg über Prag brauchen die Behörden im Sommerflugplan allerdings nicht mehr einzuschlagen. Jetzt gibt es eine Direktverbindung aus Berlin.

Rechte dürfen „feiern"

21.6.97

HANNOVER (dpa). Zu einem umstrittenen Treffen von Rechtsextremisten haben sich im niedersächsischen Hetendorf 130 Personen versammelt. Der Landes-Verfassungsschutz wertet die jährliche „Hetendorfer Tagungswoche" als bedeutendstes Treffen von Rechtsextremisten in Norddeutschland. Der Nachbarort Hermannsburg scheiterte mit dem Vorstoß, die „Sonnenwendfeier" am Freitag verbieten zu lassen.



Betrifft: „Landschaftsgärtner informieren" in der Interim 422 vom 27. Mai 1997
Mangels zuständigem Patentamt erheben wir an dieser Stelle Anspruch auf Titelschutz für den Namen „Autonome KleingärtnerInnen".
Desweiteren möchten wir alle AktivistInnen bitten bei ihren gärtnerischen Aktivitäten, insbesondere bei der Landschaftspflege, andere Namen zu führen. Sonst landen die Lorbeeren auf den falschen Häuptern.
Liebe Grüße aus Berlin - die „Autonomen KleingärtnerInnen"

Nachgedanken der AAB

10 Jahre 1. Mai: Spaß dabei!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

No Nazis...

Der Versuch der Nazis, allen voran der NPD/JN, am diesjährigen 1. Mai einen bundesweit mobilisierten großen Aufmarsch durchzuführen, konnte verhindert werden.
Dies kann als Erfolg einer breiten antifaschistischen Gegenmobilisierung, die maßgeblich zu dem Verbot des Aufmarsches in Leipzig beigetragen hat, gewertet werden. Das Verbot war begründet mit der zu großen Gefahr für die „öffentliche Sicherheit und Ordnung" durch einen Naziaufmarsch und die zu erwartenden Gegendemonstrationen. Kleinere Aufmarschversuche der Nazis am Tag selbst wurden ebenfalls durch Antifas erfolgreich behindert bzw. angegriffen. In Hannoversch-Münden gelang es gut informierten, entschlossenen 70 Antifas, einen Aufmarsch von mehr als 250 Nazis zu zerstreuen (Nazi-Barde Rennecke flog dabei in eine Schufensterscheibe...).

...much fun

In Berlin sammelten sich zwischen 8 und 10tausend Menschen zur revolutionären 1.Mai-Demo durch den Prenzlauer Berg und Mitte. Zum O-Platz kamen immerhin ca. 1000 Menschen und liefen unter einem revolutionären Motto durch Kreuzberg und Neukölln. Die teilweise von linksradikalen Spektrum mitorganisierten Straßenfeste in Kreuzberg und Prenzlauer Berg waren tagsüber gut besucht. Sowohl nach der Demonstration im Prenzlauer Berg als auch nach dem Open-Air-Konzert auf dem Mariannenplatz kam es zu militanten Auseinandersetzungen gegen die Bullen. Durch den Bau von Barrikaden und den Einsatz von Steinen und Brandsätzen wurden die Bullen einige Male zurückgedrängt. Diese Aktionen müssen als Antwort auf die massiven Angriffe der von General Schönbohm befehligten Polizeiarmee auf die 1.Mai-Demonstrationen und die Straßenfeste interpretiert werden.

Und ein paar Details:

Zur Demo Rosa Luxemburg-Platz: Zusammen trinken!

Hinter dem Leittransparent „Gegen Ausbeutung und Unterdrückung ! Zusammen kämpfen! Es gibt keine Alternative zur Revolution" setzten sich für die recht lethargische und etwas resignative Stimmung in Berlin doch überraschend viele Menschen in Bewegung. Gute Stimmung wollte jedoch nicht so richtig aufkommen: von Anfang an war die Demo von willkürlichen Bullenangriffen (wg. Sonnenbrillen als „Vermummung") und auseinanderlaufenden DemoteilnehmerInnen geprägt. Nur Wenige schafften es den Angriffen geschlossen entgegenzutreten. Die ersten Reihen mußten mehrmals die Leittransparente gegen die Zugriffe der Bullen verteidigen. In der Gormannstraße fuhr plötzlich ein Wasserwerfer vor dem Lauti in die Demo. Im Laufe der Demo wurden ca.50 Menschen festgenommen.
Der Mangel an Fahnen, Transparenten und Parolen machte die Demo zusätzlich ausdrucksarm, und ließ den Teil alkoholisierter, sexistische Sprüche klopfender Demoteilnehmer stark in den Vordergrund rücken. Hier fiel die diesjährige 1.Mai-Demo weit hinter übliche „Standards" zurück. Eine Möglichkeit dem in Zukunft wieder effektiver entgegenwirken zu können, ist die Organisierung fester Ketten und Blöcke, nicht nur an der Demospitze. Blöcke und Ketten sind kein Ritual; sie gewährleisten außer besserer Durchsetzungsmöglichkeiten gegen Alkohol und Sexisten, die Bestimmung des politischen Ausdrucks einer Demo und einen effektiveren Schutz gegen Bullenübergriffe.

Zur Bullentaktik: Zusammen schlagen!

Innensenator Schönbohms offizielles Einsatzmotto lautete „Powerplay" und die Taktik zielte von Anfang an auf eine Machtdemonstration ab: zu zeigen, daß gegen Linksradikale in der neuen Hauptstadt mit aller Härte vorgegangen wird. Presse- und öffentlichkeitswirksam wurde besonders die Demospitze ständig von den den Bullen angegriffen. Angesichts solcher Provokationen, einer daraus verständlicherweise resultierenden schlechten Stimmung bei allen DemoteilnehmerInnenn und einem Abschlußkundgebungsplatz , der einem Polizeikessel ähnelte, hätte eine vorzeitige Auflösung der Demo uns wahrscheinlich mehr Handlungsspielraum bieten können.
Sollten die Bullen mit dieser Taktik künftig versuchen, den Verlauf von Demonstrationen zu bestimmen, können sicherlich „Umgangsweisen" gefunden werden, um die Kontrollmöglichkeiten für die Bullen einzuschränken und die Risiken und Nebenwirkungen solcher Polizeipraktiken zu erhöhen.
Trotz der Einschüchterungsversuche kam es am Nachmittag und Abend zu militanter Gegenwehr, entstand großer Sachschaden, wurden Bullen verletzt.
Daß Schönbohm auf seiner Pressekonferenz am 2. Mai den Polizeieinsatz als vollen Erfolg für sich verbucht hat, war im Sinne der Strategie: Berlin als Hauptstadt und zukünftiger Regierungssitz braucht BRD-weit und international das Image einer sicheren und sauberen Stadt. Dies herzustellen ist Schönbohms Aufgabe. Jede größere Randale schadet diesem Image. D.h. für die öffentliche Berichterstattung: Herunterspielen

der Auseinandersetzungen, Entpolitisierung, Darstellung der polizeilichen Stärke. Diese Form der Berichterstattung ist nicht neu. Neu ist die Härte mit der unter Schönbohms Regie gegen jegliche linke Widerstandsäußerung in der Hauptstadt vorgegangen wird. Es liegt an uns allen, darauf passende Antworten zu geben.

Zum Bündnis: Zusammen kämpfen

Wir hatten uns auch in diesem Jahr für eine gemeinsame revolutionäre. 1.Maidemo in Berlin ausgesprochen, mit Anfangsort Rosa Luxemburg Platz. Nachdem bereits frühzeitig klar war, daß es auch wieder eine Demo ab O-Platz geben würde, wollten wir mindestens einen positiven solidarischen Bezug zwischen beiden Demonstrationen herstellen in dem Sinne, am 1. Mai nicht innerlinke Konflikte in den Vordergrund zu stellen. Möglich gewesen wäre dies beispielsweise über ein gemeinsames Motto und gemeinsame Pressearbeit beider Vorbereitungskreise. Eine Bezugnahme wurde auch von alle anderen Gruppen des Rosa-Luxemburg-Bündisses gewünscht bzw. wenigstens akzeptiert, nicht vom Anti-Olympia-Komitee, das sich deshalb aus der Vorbereitung zurückzog. Die Zusammenarbeit der beiden Bündisse scheiterte, nachdem VertreterInnen des O-Platz-Bündnisses den Ausschluß des AOK aus unserer Vorbereitung zur Bedingung für eine positive Bezugnahme machten (wegen Antikommunismus und Refomismus). Diese Bedingung war für uns nicht akzeptabel, es gab keinen Bezug der Demos aufeinander und das AOK war wieder im Bündnis (siehe dazu auch unser Beitrag interim Nr. 414). Der Position des AOK, die Unterschiede zur O-Platz-Demo stärker herauszustellen, schlossen sich im Verlauf der Diskussion andere Gruppen der Vorbereitung an. Somit waren die Interessen inerhalb unseres Vorbereitungsbündnisses von Anfang an unterschiedlich gelagert. Für uns stand klar das Projekt „1. Maidemo" im Vordergrund, weswegen wir zu Kompromissen (Routenänderung, zusätzliches, vermeintliche Unterschiede betonendes Leittranspi) bereit waren, um kein Auseinanderbrechen des Bündnisses kurz vor der Demo zu riskieren. Auf der anderen Seite drohte das AOK mehrmals mit dem Verlassen des Vorbereitungskreises, sobald sich andeutete, daß ein Großteil der Gruppen ihre Position nicht teilte und sich nicht als Bündnisposition durchsetzten ließ. Dies zeugt für uns von fehlender Kompromißbereitschaft, die in jedem Bündnis vonnöten ist. Das AOK hat auf dem Nachbereitungstreffen geäußert, daß ihr Interesse in erster Linie nicht die Beteiligung an der Vorbereitung der 1. Maidemo war, sondern die Möglichkeit, innerhalb der Vorbereitung die Gräben und Trennlinien zu den so bezeichneten stalinistischen Gruppen am O-platz tiefer ziehen zu können. Wir haben uns der tiefergehenden inhaltlichen Diskussion über die hinter diesen Abgrenzungen stehenden innerlinken Konflikte widersetzt. Nicht, weil wir keinerlei inhaltliche Positionen hätten, sondern weil wir vertreten, daß perspektivische inhaltliche Diskussion nur dort sinnvoll ist, wo auch politische perspektivische Zusammenarbeit ernsthaft angestrebt wird. Die 1.Maidemovorbereitung ist für uns der Rahmen, um eine breite linksradikale Bündnisdemo vorzubereiten, und nicht, um innerlinke Spaltungen zu vertiefen.

Seit Jahren wird in den 1. Maivorbereitungen in Berlin die selbe Erfahrung gemacht: Daß die Diskussionen und Streitereien keinen Millimeter zur Klärung der linken Konflikte beitragen, sondern v.a. einen abschreckenden Effekt für linksradikale Politik darstellen. Gerade für Jüngere sind die schließlich nicht nur ideologisch, sondern auch szene-sumpf-internen, jahrelangen Konflikte überhaupt nicht mehr nachvollziehbar.

Wir wollen, daß aus diesen Erfahrungen gelernt wird und werden deshalb auch im nächsten Jahr wieder für eine gemeinsame 1. Maidemo ab Rosa Luxemburg Platz eintreten. Der 1. Mai ist und bleibt Kampftag aller revolutionärer Linken. Inhaltliche Unterschiede können/müssen in verschiedenen Aufrufen und Blöcken nach außen getragen werden.

Zur Demoroute: Im Osten nichts Neues...

Im Vorfeld der Demo kam es zu heftigen Auseinandersetzungen im Vorbereitungskreis über die Demoroute. Bestand zu Beginn



der Vorbereitung noch weitgehende Übereinstimmung bezüglich einer Demoroute durch den Prenzlauer Berg, ähnlich der im letzten Jahr, so änderte sich dies nach der entschiedenen Intervention der Gruppe „Ostblock" aus Prenzlauer Berg. Der „Ostblock" sprach sich gegen die Route aus, ohne selbst jemals an der Demovorbereitung beteiligt gewesen zu sein, oder auch nur Interesse an der Vorbereitung einer revolutionären 1.Maidemo wo auch immer bekundet zu haben. Bereits auf der ersten Vollversammlung zum 1. Mai im Mehringhof Anfang März stellten Vertreter des Ostblocks die Bedingung, daß die Demovorbereitung sich einer öffentlichen Diskussion mit den BewohnerInnen des Kiezes stellen solle, um abzuklären, ob von diesen die Demonstration am Prenzlauer Berg überhaupt erwünscht wird. Wir lehnten es ab, eine Art „Volksbefragung" über den Sinn und Zweck einer revolutionären 1. Mai-Demo durchzuführen, erklärten uns aber bereit, die 1. Maidemo auf einer Veranstaltung vorzustellen, und auf die Kritiken zu antworten. Zu dieser Veranstaltung in Form eines „Kiezpalavers" luden mehrere „Initiativen und Projekte, nicht nur aus Prenzlauer Berg" Anfang April ein. Die Hauptkritikpunkte wurden bereits im Einladungspapier benannt: In Prenzlauer Berg wollten einige Autonome zusammen mit „autoritären und stalinistischen" Gruppen das 10 jährige Jubiläum des Kreuzberger 1.Mai feiern. Die meisten Ostdeutschen hätten nach 40 Jahren staatsoffiziellem Mißbrauch des 1.Mai ein gestörtes Verhältnis zu diesem Gedenktag, weswegen eine Fortsetzung der Tradition des 1. Mai bei den Interessen der Menschen ansetzen muß. Die Demo würde keinen Bezug auf die sozialen Probleme des Bezirkes nehmen, da Phrasen keine Antwort seien und eine Demonstration keinen Ersatz für kontinuierlichen Widerstand darstellt. Die militanten Auseinandersetzungen am 1. Mai der letzten Jahre in Prenzlauer Berg seien kontraproduktiv und unpolitisch, da sie an den sozialen Belangen des Kiezes vorbeigingen.
Wir gehen davon aus, daß nicht nur die meisten Ostdeutschen ein gestörtes Verhältnis zum revolutionären ersten Mai haben. Daß eine Demo keinen Ersatz für kontinuierliche politische Arbeit darstellt, sondern eine symbolische Aktion mit der Funktion der öffentlichen Wahrnehmbarkeit darstellt, ist eine Binsenweisheit. Die Bennenung sozialer Probleme ist selbstverständlicher Inhalt einer revolutionären 1.Maidemo, allerdings mit der Option auf Lösung dieser Probleme durch eine revolutionäre Umwälzung.
Aus linksradikaler Sicht blieben für uns keine nachvollziehbaren Gründe, die wirklich gegen eine Demo durch den Prenzelberg sprachen.
Es gab und gibt für uns genügend politische Gründe, die für eine Route durch den Prenzlauer Berg sprechen. Eine positive Bezugnahme auf den Widerstand gegen die Bullenprovokationen zum Walpurgisnachtfest 1994 und 1995, auf die Demonstration dort am 1.5.96, auf die militanten Auseinandersetzungen der letzten Jahre seit der "Wiedervereinigung", einen Gegenpol zu setzen gegen die im Vorfeld des 1. Mai angekündigte Veranstaltung der Jungen Union für einen „sauberen chaotenfreien" Kiez. Müßig zu erwähnen, daß der Prenzlauer Berg genauso von Umstrukturierung und sozialer Verttreibung betroffen ist, wie andere Innenstadtbezirke auch. Trotz weitgehender Übereinstimmung im Bündnis in der Frage der fehlenden Stichhaltigkeit der am Kiezpalver geääußerten Argumente ,wollten AOK und AntiAtomPlenum aus Rücksicht auf die Stimmung zwischen angeblichen Ost-und Westgruppen, sowie zur Wiederbelebung des Diskurses zwischen Ost und Westlinker auf die Demoroute ändern. AOK und Anti-Atom-Plenum machten 2 Wochen vor dem 1. Mai die Abänderung der Route, durch Mitte, zur Bedingung für ihre weitere Teilnahme an der Demovorbereitung. Wir wollten auch an dieser Frage das Bündnis nicht platzen lassen und ließen uns deshalb auf die Routenänderung ein.
Auch im nachhinein beurteilen wir diese Entscheidung als politisch völlig falsches Signal. Die Ereignisse rund um den Kollwitzplatz am 30.04., die komplette Abriegelung des gesamten Gebietes und das Verbot der Walpurgisnachtfeier wurden widerstandslos hingenommen. Die Tatsache, daß sich sogenannte radikale Linke aus diesem Gebiet ebenfalls vehement und vor allem öffentlichkeitswirksam (taz sei dank) gegen eine revolutionäre Demo und „westimportierte Krawalle" ausgesprochen haben, vereinfachte die öffentliche Legitimation der Abriegelung und Bullenkontrollen für Schönbohm und Konsorten am 30.04. ganz erheblich. Wir erwarten von einer politisch öffentlich so agierenden Gruppe wie dem Ostblock, daß sie die Konsequenzen des von ihr öffentlich inszenierten Diskurses abschätzen kann. Wer vor dem 1. Mai die Stimmung gegen eine revolutionäre Demo schürt, schafft, willentlich oder nicht, Akzeptanz für die Maßnahmen derer, die jegliche revolutionäre Äußerung gegen die herrschenden Verhältnisse unterbinden wollen.
Der herbeigeredete angebliche Ost-West-Konflikt offenbart für uns einen gänzlich anderen Hintergrund. Die Einschätzung und der Bezug zu militanten Auseinandersetzungen, der Umgang mit kommunistischer Geschichte und ihren verschiedenen VertreteInnen (der allzuoft zu plattem Antikommunismus verkommt) und die unterschiedlichen Alltags-Politikansätze , sind keine Ost-West Konflikte, sondern seit Jahrzehnten Kern heftiger Auseinanderwsetzungen innerhalb der Linkend im Allgemeinen. Die angeblich linksradikale Ostidentität in diesen Fragen, hat die Realität längst als Konstrukt entlarvt. Allein innerhalb des Bündnisses gab es kaum noch eine Gruppe die nur aus West- oder Ost -Sozialisierten zusammengesetzt ist. Selbst auf der Kiezpalaververanstaltuzng gab es Stimmen von sich selbst als „Ossis" bezeichnenden DemobefürworterInnen, die sich für die Positionen der Gruppe „Ostblock" schämten. Weder die Themen noch die Schärfe der Auseinadersetzungen sind etwas Neues. Mit widerlichen populistischsten Bezugnahmen auf „die Kiezbevölkerung, gewachsene Strukturen und Lebensräume", die jeglicher Gesellschafts,- bzw. Klassenanalyse entbehren, sollen der Prenzlauer Berg ruhig und die Grünanlagen sauber gehalten werden. Nicht mit uns.

Widerstand braucht Kontinuität!

Am 1.Mai 1997 zeigten wieder und immer noch mehr als zehntausend Menschen allein in Berlin auf der Straße, daß sie mit den herrschenden Verhältnissen nicht einverstanden sind, und eine Umwälzung der Verhältnisse hin zu einer solidarischen Gesellschaft jenseits runder, reformistischer Tische befürworten. Es ist gelungen, die Nazis an diesem Tag keinen Raum zu überlassen und gleichzeitig mit einer eigenen, revolutionären Demo Akzente zu setzen. Dies ist notwendig, denn das eine ohne das andere ist perspektivlos. Die vom Leipziger Bündnis gegen Rechts (BGR) im Vorfeld des 1.Mai veröffentlichten Polemiken in der jungen Welt gegen eine revolutionäre 1.Mai Demo waren deshalb verfehlt. Als revolutionäre AntifaschistInnen haben wir versucht, beide Ziele zu erreichen, wir werden es auch im nächsten Jahr tun.
Das Jubiläum des 10-jährigen revolutionären 1.Mai in Berlin fiel etrwas mager aus , aber was scheren uns Jubiläen...
Beim nächsten Mai wird alles besser...

Antifaschistische Aktion Berlin, Juni 1997
Waldemarstr. 36, 10999 Berlin



Die große Schlagerparade

mit



Linda & Bernd

danach

DISCO mit DJ Nicole

Samstag. 28.6.97 Beginn. 22^{00}h Eintritt frei

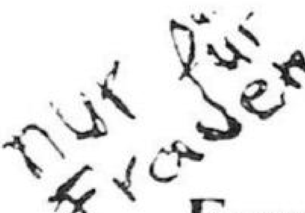
SYNDIKAT Weisestr. 56 [U8, U-Bhf. Boddinstr.]

Wir haben Euer Bier - es geht ihm gut

Übergabe im *SYNDIKAT* am:

Sa, 28.6. 22^{00} h:
Linda & Bernd - 70er Jahre Schlager life + Disco (Eintritt frei)
ab 1^{00} h: DJ Nicole

Mo, 30.6. 21^{00} h:
Kicker-Turnier › 2er Teams, 2 Tische , flotte Preise !!!
Anmeldung : 5,- DM / Person bis So, 29.6. am Tresen



Di, 1.7. 19^{00} h:
Video-Kino › „Tati's Schützenfest" (Eintritt frei)
anschließend: spanischer Abend mit Flamenco + Baskenpunk,
Billig-Moxito-Calimoxo-Carajillo + Überrasschung
loco y fantastico !!!!

Do, 3.7. 19^{00} h:
Video-Kino › „fourty nine", Mörderische Kurzfilme aus Wien
Darkproductions, Regie: Michal Kosakowski (Eintritt frei)

Di, 8.7. 19^{00} h:
Video-Kino › „Spaceballs" (Eintritt frei)

Mi, 9.7. 20^{00} h:
Hair-Styling at its best › Glatzen+Iros flexen, Muster schnitzen,
malen+lackieren - mit London-Touri-Punk

SYNDIKAT: Weisestraße 56 (U 8 - Boddinstr.)



nur für Frauen

Mittwoch, 25.6.97
20.oo Uhr

Frauen und Verrücktheit

„Stell Dir eine Baustelle vor, auf der BauarbeiterInnen lautstark herumgrölen und vom Gerüst aus die vorbeieilenden Passanten mit deftigen Sprüchen belästigen. Im Tiefbau bewerfen sich die StraßenbauerInnen mit Dreck. Warum ist das nicht normal? Weil Frauen sauberer, leiser und bedürfnisloser sind als Männer?" von und mit Sarah

---

Freitag, 27.6.97

KINO IM GRÖßENWAHN

20.00 Uhr:"Tod in der Neiße"

Film über die Situation an der Deutsch-Polnischen Grenze. Angefragt sind ReferentInnen von der ARI (Antirassistische Initiative), die über die aktuelle Situation informieren
Eintrittsspende 4 mark

Samstag, 28.6..97

CAFÉ GRÖßENWAHN

15.30 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen
17.00 Uhr Film: ***„Lügen und Geheimnisse"***
Eine junge Frau trifft ihre Mutter, zu der sie bislang keinen Kontakt hatte
Eintritt frei

Soziale Grundsicherung für alle!

Vom Recht auf Faulheit und der Lust auf Arbeit

Ort: Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165
(U-Bhf. Französische Str.)
Zeit: 30.6.97, 19 Uhr

Diskussionsveranstaltung des BUND Berlin
(AK Nachhaltige Entwicklung und die Zukunft der Arbeit)

Programm:
1. Soziale und ökologische Ziele einer sozialen Grundsicherung
2. Zukunft der Arbeit - Einstieg in eine andere Logik
3. Gesellschaftliche Solidarität statt Standortlogik

Unterstützt von:
BLUE 21, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Arbeitskreis Ökonomie und Kirche
Bündnis Kritischer Gewerkschafter,





KÖPENICK (wik). Mit einer Besetzung des Jugendclubs „Allende" wollen Köpenicker Jugendliche auf den drohenden Abriß des Klubs aufmerksam machen. Seit Montag hat der Klub die Kündigung auf dem Tisch, die Konsum Immobilien GmbH will das Gebäude abreißen und an der Stelle ein Stadtteilzentrum errichten. Vom Bezirksamt fühlen sich die jungen Besetzer im Stich gelassen.

Seit zwanzig Jahren in der oberen Etage eines inzwischen völlig heruntergekommenen Einkaufzentrums untergebracht, ist das „All" ein Anziehungspunkt nicht nur für Köpenicker Kids. „Hier sitzt kein Sozialarbeiter hinter seinem Schreibtisch und denkt sich was aus", sagt Jens Werner, einer der Klub-Organisatoren. Stattdessen gestalten die „Allende"-Fans ihre Freizeit lieber selbst, veranstalten Hip-Hop-Konzerte, Streetball-Turniere, Discos, organisieren Graffiti-Events, spielen Theater und betreiben ein Kino. Im vergangenen Jahr produzierte das „All" die CD „Frischobst" und vor zwei Monaten gründeten die Jugendlichen eine eigene Graffiti-Agentur, um Sprayern kommerzielle Aufträge zu besorgen. Der Ruf des „Allende" als kreatives Kraftzentrum reicht weit über die Köpenicker Grenzen hinaus, zu den Konzerten kommen bis zu 500 Jugendliche aus allen Teilen Berlins.

El Locco - Programmübersicht Juli 1997

Di. 01.07. Video — *Der Dokumentarfilmabend* — 20.00 Uhr

Rot liegt in der Luft, 1977, Chris Marker, 180 min

Vietnam, Chile, Che Guevara, Pariser Mai, Ulrike Meinhof, Prager Frühling - Welche Hoffnungen bewegten die Menschen, wer waren die Protagonisten? Chris Marker zeigt Dokumente einer unruhigen Zeit, Bilder von Revolutionen und Revolten, Ideen und Ideologien. Stichworte waren „Kulturrevolution" und die „Revolution in der Revolution" - Ein gewaltiger, weltweiter Aufbruch aus den erstarrten Verhältnissen, aus kapitalistischen und autoritären Strukturen. Wohin? Es bleibt keine Zeit, diese Frage zu stellen. Schon wieder die traditionellen Machtverhältnisse in den Bewegungen erkennbar, die Revolution wird zerschlagen, zerreibt sich, versandet. Doch etwas ist geblieben, auch wenn es nur eine kurze Erfahrung von Freiheit ist - eine Möglichkeit. Vielleicht ist es in Zeiten des Neoliberalismus ganz gut, sich gelegentlich daran zu erinnern.

Mi. 09.07. Theater — **Cactus**, ein-mensch-theater, präsentiert: — 20.30 Uhr

Statuen Theater- Eine Form des „Theater der Unterdrückten"

Diese von A. Boal in Lateinamerika in den 60er entwickelte Methode hebt die Trennung zwischen Spielern und Publikum auf. Konflikte, Situationen von Unterdrückten werden in Standbildern dargestellt und Lösungen, Befreiungswege auf der Bühne praktisch erprobt.

Fr. 11.07. Film — **Oblomow-Filmfest**, Filmzyklus von Harald Budde — 20.00 Uhr

1. Teil „Oblomows Träume" (42 min.)
2. Teil „Die Splitter in den Träumen des Ilja Iljitsch Ollomow (58 min.)

El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin, tel. 785 99 73

Plötzlich kam die Kündigung

Hickhack um Köpenicker Jugendclub / Gebäude besetzt

18.6.97

Ihre Arbeit sehen die Jugendlichen jetzt bedroht. 1990 wurden ihnen das erste Mal mitgeteilt, daß die Konsum GmbH das alte Einkaufszentrum des Allende-Viertels abreißen und die Fläche neu bebauen will. Seitdem, erklären die Jugendlichen, habe der Bezirk ihnen versichert, daß bis zum Abriß neue Räume für sie gefunden werden. Von einem neuen Jugendclub am Schwefelberg und einer Zwischennutzung in den Räumen einer alten Poliklinik sei die Rede gewesen. „Die haben uns immer auf die Schulter geklopft und gesagt ‚Das wird schon'", berichtet der 20jährige Jens. Als ihnen am Montag jedoch die Kündigung ins Haus flatterte, reichte es ihm und seinen Freunden. Sie rollten ihre Schlafsäcke aus und erklärten ihren Klub für besetzt. Von den Bezirkspolitikern fühlen sie sich verschaukelt. „Die haben nur die Interessen des Investors im Auge."

Trotz der Kündigung sieht Köpenicks Bürgermeister Klaus Ulbricht keinen Anlaß zur Aufregung. „Der Klub wird nicht eher abgerissen, bis eine Alternative da ist", beteuert der SPD-Politiker. Dafür werde der Bezirk als Vertragspartner der Konsum AG sorgen. Die Jugendlichen wollen die Besetzung so lange fortsetzen, bis sie vom Bezirk eine abschließende Antwort haben, wie es weitergehen soll.

MIT HERZ & HIRN ZUM CSD!

is was?

Wir fordern einen politischen, basisdemokratischen, vielfältigen und nicht-kommerziellen CSD!

CSD,-

„Herz mit Hirn"-Block

Sa, 28. Juni 12 Uhr

Savignyplatz/Kantstraße

Unterstützer- und TeilnehmerInnen:
Autonomes Schwulenreferat und Autonomes Lesbenreferat im AStA der FU • Die bösen Tanten h-Bar • Lilith Frauenbuchladen • Pluspunkt e.V. Die Queerulanten (schwule Antifa) • Schokocafé SchwuZ e.V. • SO 36 • TWO-IN-ONE (Lesben und Schwule bei der PDS) • LiedStrich e.V. Café Furiosa (FU) • Mutvilla, lesbischwule Interessenvertretung an der HUB • EWA Frauenzentrum • zahlreiche Einzelpersonen

Den Geist von Stonewall erhalten!

V.i.S.d.P.: Oliver Numrich • Senefelder Str. 26 • 10437 Berlin

Plakat: SchuH-Design, Tel. 216 29 78